

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“  
erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für  
Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,85 Mark, wöchentlich 35 Pf.  
Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Rummer mit illustr. Beilage 10 Pf.  
(Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1885 unter Nr. 746.)

**Insertionsgebühr**  
beträgt für die 3 gespaltene Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf.  
Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr  
Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-  
Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

### Abonnements-Einladung.

Für den Monat Februar eröffnen wir ein neues Abonnement auf das

## „Berliner Volksblatt“

mit der Gratis-Beilage

### „Illustrirtes Sonntagsblatt“.

Frei ins Haus kostet dasselbe 1 Mark 35 Pf. pro Monat, 35 Pf. pro Woche. Bestellungen werden von sämtlichen Zeitungs-Expeditoren, sowie in der Expedition, Zimmerstr. 44, angenommen.

Für Aukerhalb nehmen alle Postanstalten Abonnements für die Monate Februar und März gegen Zahlung von 2 Mark 67 Pf. entgegen.

Den neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienenen Theil des fesselnden und interessanten Romans

### „Gesucht und gefunden“

sowie die bisher erschienenen Nummern des

### „Illustrirtes Sonntagsblatt.“

— Sowit der Vorrath reicht — gegen Vorzahlung der Abonnements-Liquittung gratis und franco verabfolgt.

Das „Berliner Volksblatt“ hat sich die Sympathien der arbeitenden Bevölkerung Berlins zu erringen verstanden. Trotz der überaus großen Anzahl von Zeitungen der verschiedensten Tendenzen, die in Berlin existiren, hat bisher kein wirkliches Organ des werktätigen Volkes bestanden. Es ist daher Pflicht eines jeden Arbeiters, dieses Organ noch jeder Richtung hin zu unterstützen. Wir treten solidarisch für einander ein, unsere bisherigen Leser und Freunde wissen das, mögen auch sie ihrerseits dafür sorgen, daß das „Berliner Volksblatt“ immer neue Freunde und neue Leser gewinne. Der heutigen Nummer liegt ein Bestellzettel bei. Wenn jeder bisherige Abonnent nur einen zweiten erwirbt, aber auch wirklich dafür sorgt, daß derselbe abonniert, so hat er seine Pflicht gethan.

Wir unsererseits werden nicht nachlassen, jedem berechtigten Wunsche unserer Abonnenten nachzukommen.

Die Redaktion und Expedition des „Berliner Volksblatt.“

### National-konservative „Entrüstung“.

Am Freitag kam im Reichstage die angeblich „nationale“ Entrüstungsbewegung, die dem bekannten Reichstagsbeschlusse vom 15. Dezember vorigen Jahres gefolgt ist, zur Sprache und der Abgeordnete Windthorst erward sich das Verdienst, einmal kurz und treffend zu sagen, was diese Bewegung war. Er sagte: „Diese Bewegung wurde gemacht von den Majoritäten in den nationalliberalen und konservativen Wahlkreisen und von den Minoritäten in den an-

deren.“ — Das ist unzweifelhaft richtig, und wenn auch der Lärm, den ein gut funktionirender offiziös-konservativ-nationalliberaler Preshapparat dazu erhob, ein bedeutender war, so kann eine kühle und nüchterne Betrachtung der ganzen Angelegenheit sich dadurch nicht im Geringsten täuschen lassen. Die wirklich Getäuschten in dieser Angelegenheit scheinen nur eine Anzahl konservativer und nationalliberaler Führer zu sein, die — so muß man annehmen — in der That glaubten, jene Bewegung habe das ganze deutsche Volk ergriffen. Herr von Malzahn-Gülz und Herr von Köller führten als Beweis, daß die Bewegung eine „nationale“ und „spontane“ gewesen, die Thatsache an, daß in ihren beiden (pommerschen) Wahlkreisen die Wähler „ganz von selbst“ zu Versammlungen zusammengetreten seien und ihre Entrüstung über die Majorität vom 15. Dezember ausgesprochen hätten. Daß zwei pommersche Junker ihr engeres Vaterland Pommern mit der gesammten deutschen Nation verwechseln, ist nach der Lobrede auf die „Unversiozrenheit“, die Herr von Köller am Freitag hielt, nicht mehr ganz unbegrifflich. Es ist ja auch noch gar nicht so lange her, daß die pommerschen Konservativen von einem großen deutschen Vaterland gar nichts wissen wollten; außerhalb Pommerns war für sie immer nur „Ausland“ und man darf heute wohl auch einmal an die Menge von drohenden Adressen erinnern, die im Jahre 1848 von Pommern aus gegen die „fremden“ Demokraten in Berlin gerichtet wurden. Zu den Herren Malzahn und Köller gesellte sich am Freitag auch der würdige Herr von Benda, der die Beiden noch übertrumpfte, indem er meinte, die sogenannte Entrüstungsbewegung werde in der nationalen Gesichtsichte Deutschlands verzeichnet sein! Diese Herren scheinen sich über die Volkstimmung im Allgemeinen in einem großen und verhängnißvollen Irrthum zu befinden. Es sollte uns sehr interessieren, woher sie ihre Informationen bekommen haben. Seit wann verkehren denn die Landräthe, die Junker, die Großgrund- und Rittergutsbesitzer so intim mit dem Volke, um über dessen Stimmung so vortrefflich unterrichtet zu sein? Oder halten sie die Stimmen der offiziösen und konservativen Presse für den Ausdruck der Volksmeinung? Wenn das letztere der Fall ist, dann richtet sich ihre Sache von selbst, denn eine solche Kurzsichtigkeit bleibt nicht ungestraft.

In der stürmischen Debatte fand eine Aeußerung des Abgeordneten Windthorst, die uns bedeutsam erscheinen muß, nicht die Beachtung, die sie vielleicht sonst gefunden haben würde. Herr Windthorst sagte nämlich: „Ich werde bei der dritten Lesung den Beschluß erneuern!“ — Damit ist also konstatiert, daß bei der dritten Lesung die Position von 20 000 Mark für einen neuen Direktor im Auswärtigen Amte seitens des Zentrums abermals abge-

lehnt werden wird, und bei der großen Sicherheit, mit der der Zentrumsführer diese Aeußerung that, ist anzunehmen, daß er mit den Führern der deutsch-freisinnigen Partei sich im Einverständnis befindet. Die Freisinnigen scheinen sich durch die Haltung des Zentrums ermuthigt gefühlt zu haben, sie haben sich an dem Widerstand des Herrn Windthorst etwas aufgerichtet, denn was die Konservativen ihnen von einem „Umsfall“ bei der dritten Lesung zuriefen, war nicht so ganz unbegründet. Die Furchtsamen unter den Freisinnigen — und ihrer sind nicht wenige — waren über den Varen der offiziös-konservativen Presse dermaßen erschrocken, daß sie nur noch darauf dachten, wie der Rückzug von der gefährlichen Bahn, die sie eingeschlagen, zu bewerkstelligen sei. Der Rückzug selbst schien bei diesen Leuten beschlossene Sache zu sein. Nun Herr Windthorst sich für widerstandsfähig erklärt, erwacht auch bei ihnen wieder die Kampflust — wenn ihnen nicht wieder kurz vor der Entscheidung, wie man sagt, die Pfeife ausgeht?

Daß die 20 000 Mark abermals abgelehnt werden, liegt mit im Interesse des Herrn Windthorst, der der Regierung die Macht seiner Partei fühlbar machen will — und so wird denn allem Anschein nach die Ablehnung auch in der dritten Lesung erfolgen. Herr Windthorst forderte die Regierung ironisch auf, den Reichstag doch aufzulösen — welcher Umchwung, wenn man bedenkt, daß der Reichstanzler erst im verschlossenen Jahr, bei der Verlängerung des Sozialistengesetzes seinerseits mit Auflösung gedroht hatte! Die kleine Exzellenz von Meppen fühlt sich wieder — so liegen die Dinge.

Wenn nun, was nach der bezüglichen Aeußerung des Abg. Windthorst sehr wahrscheinlich, die Ablehnung der in Rede stehenden 20 000 Mark auch in dritter Lesung erfolgt, was dann? Wird dann die Entrüstung noch einmal losbrechen? Aber was soll sie bedeuten, wenn die Majorität auf das Einverständnis mit ihren Wählern trotzend, auf ihrem Standpunkt verharrt? An eine Auflösung des Reichstages aus diesem Anlasse glauben wir nicht; sie würde den gewünschten Eindruck vollständig verfehlen und das weiß man an der betreffenden Stelle recht gut. Oder würde vielleicht dann jener Zustand eintreten, den die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mit dem mysteriösen Ausdruck: „Das Einfrieren der Reichsmaschine“ bezeichnet hat? Und welche Dinge wären nöthig, um ein Aufstauen herbeizuführen?

Man sieht, es stehen heftige politische resp. parlamentarische Kämpfe bevor, deren Ausgang sich noch nicht absehen läßt. Wie derselbe auch sein möge — vielleicht wird er die Nationalliberalen und die Konservativen von der Illusion befreien, daß sie allein mit ihrer Anhängerschaft ein Recht

### Feuilleton.

### Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Duz.

(Fortsetzung.)

#### Dreißigundzwanzigstes Kapitel.

Die Tafel Nasir's war heute mit besonderem Luxus ausgerichtet, denn der Besuch des Gouverneurs im Schlosse Radura war in Indien beinahe das, was in Deutschland der Besuch eines Souveräns bei dem anderen Souverän ist. Diese Gelegenheiten waren die einzigen, bei welchen der Reichthum und der frühere königliche Luxus entfaltete wurde. Ein Europäer kann sich schwer eine Vorstellung machen von dem verschwenderischen Glanze, der in dem Hause eines indischen Nabobs herrscht, wenn es diesem darauf ankommt, denselben entfallen zu lassen.

Der Gouverneur war von der ganzen Suite der vornehmsten Staatsdiener und Offiziere begleitet. Nasir hatte n empfangen, wie es dem Vertreter der mächtigen englischen Regierung geziemt, und Nasir wurde von dem Gouverneur behandelt, als wäre er noch souveräner Fürst; in aller Form aber, welche hierbei beobachtet wurde, hatten nicht verfehlt, ihrer gegenseitigen freundschaftlichen Gesinnung Ausdruck zu geben.

Bevor der Gouverneur auf dem für ihn bestimmten Hofplat nahm, wandte er sich an Suleima, welche an der Seite ihres Vaters saß. Er führte ihre zarte Hand an die Lippen, aber die Worte und das Miene-nel, mit welchem er diese Höflichkeitsformel begleitete, gaben deutlich genug, daß das Gefühl, welches er für sie empfand, mehr als bloße Ehrfurcht sei.

„Diaby“, sagte er, „mehr als alle Siege, welche wir den letzten Monaten erfochten und mehr als alle Triumphs, welche die englische Armee davongetragen, freut mich der Erfolg, daß Sie fernherhin nichts mehr von den blühenden Heeren zu fürchten haben. Nun wird das Thal Caverty nicht mehr heimgesucht werden von Kena Hib's Schaaren.“

„Ich danke Ihnen, Hoheit“, antwortete Suleima, „für

diese Versicherung. Ohne Sie und Mr. O'Brian — wer weiß, ob mein Vater und ich noch am Leben wären.“

„O'Brian ist ein ritterlicher Jüngling“, versetzte der Gouverneur. „Die Freundschaft, welche Sie, Hoheit“ — sagte er zu Nasir — „ihm entgegengetragen, läßt erwarten, daß Sie die Nachricht von seiner Rängenhöhung nicht ungern hören. Ich habe ihn mit dem Kommando eines Regiments betraut und seine Ernennung gleich mitgebracht, weil ich wußte, daß es Sie freuen würde, der erste Ueberbringer dieser Nachricht an Ihren Freund zu sein.“

„Ich bin Ihnen dankbar, Herr Gouverneur“, sagte Nasir, „der junge Mann verdient es. Ein Engländer, welcher mit einer Hand voll Soldaten ein verschanztes Lager der Feinde stürmt, ein Mann, der allein, von einem einzigen Freunde begleitet, einen Leoparden erlegt, ist an der Spitze eines Regiments gewiß auf dem rechten Posten. Da Sie nun, Hoheit, ihm diese Gnade und uns diese Freundschaft erweisen, so haben Sie wohl die Güte, noch eine Bitte zu gewähren.“

„Mein Freund“, sagte der Gouverneur, Nasir's Hand ergreifend, was Sie mir vorzutragen haben, sei von vornherein gewährt. Ich weiß, daß Sie nur das fordern, was recht und billig ist, daß Sie der Ungerechtigkeit und der Gewalt ebenso feind sind, wie ich.“

„Ich danke Ihnen für diese Versicherung, Herr Gouverneur! Es handelt sich um einen abermaligen Urlaub des neuernannten Kolonels.“

„Ah!“ rief der Gouverneur ein wenig verdrießlich.

„Er will noch einmal in seine Heimath reisen, doch nicht folglich, in einigen Monaten Hoheit. Es handelt sich um Auffindung einer ihm theuren Verwandten; er ist während seines letzten Urlaubs nicht zum Ziele gekommen. Ich versprach ihm, für ihn bei Ihnen ein gutes Wort einzulegen.“

„Ich hätte lieber gewünscht“, sagte der Herzog, „Sie hätten etwas anderes verlangt. Wir brauchen jetzt tüchtige Leute, um die letzten Schläge mit Energie zu führen, die uns von unsern Feinden befreien sollen. Ich entbehre den Kolonel O'Brian nicht gern; ein ganzes Bataillon hätte ich lieber beurlaubt, als ihn, da ich ihn gerade mit einem

Kommando in Bhuta zu betrauen gedenke. . . . Allein, Hoheit, da sie seinen Urlaub fordern, gewähre ich ihn; ich nehme mein Wort nicht zurück, durch welches ich Ihrer Bitte Gewährung versprach, noch bevor sie ausgesprochen war. O'Brian mag seinen Urlaub antreten, wann es ihm beliebt. . . . Doch, wo ist er? Vergebens habe ich ihn unter ihren übrigen Gästen oder Hofbeamten gesucht.“

„Ich ließ ihn mit seinem Freunde Strahlenau auf der Veranda. . . . Er wird nicht verabsäumen, Hoheit, Ihnen seinen Dank zu bezeigen. Gestatten Sie mir, ihn aufzusuchen und ihm die Nachricht von seinem Avancement zu überbringen.“

Der Gouverneur verneigte sich freundschaftlich. Nasir entfernte sich, um zuerst das Befolge des Gouverneurs zu bewillkommen und dann sich zu seinem Freunde O'Brian zu begeben. Seine Abwesenheit benutzte der Gouverneur, um mit Suleima, der rechten und zugleich schönsten Indierin, einige Minuten ungehört zu plaudern.

In dem Vorzimmer trat Nasir sein Haushofmeister entgegen und meldete ihm einen neuen Besuch, nämlich den des Mr. Barr, der soeben von der weiten Reise von Auh hier eingetroffen war.

Nasir war hoch erfreut, denn Mr. Barr war derjenige seiner Hofbeamten, zu dem er in einer ganz besonders freundschaftlichen Beziehung stand, daß er denselben Erlaubniß gegeben hatte, an den Hof Wadschid Ali's zu gehen, war lediglich in der humanen Absicht gesehen, diesen mächtigsten indischen König, der immer noch starr festhielt an gewissen indischen Gebräuchen, der europäischen Kultur zugänglich zu machen. Nasir bewillkommnete seinen ehemaligen Bezirk herzlich.

„Was verschafft mir das unerwartete Vergnügen, Sie hier zu sehen?“ fragte er. „Was veranlaßte Sie zu dieser beschwerlichen Reise? Ich setze voraus, daß es ein Grund von ganz besonderer Wichtigkeit ist. . . . oder sollten sie bei Wadschid Ali in Ungnade gefallen sein?“

„Das letztere gewiß nicht, Hoheit!“ antwortete Mr. Barr, „wenn ich auch gestehen muß, daß der Hof-Priseur Wadschid Ali's bei ihm in höherem Ansehen steht, als jeder

Hätten, sich als die deutsche Nation zu bezeichnen. Genau genommen ist diese Illusion schon deshalb recht abern, weil diese beiden Parteien zusammen die Minorität im Reichstage bilden und weil das deutsche Volk, wenn es nur konservativ und nationalliberal wäre, sich eben eine dem entsprechende Majorität im Reichstage geschaffen haben würde. Sollte diese Illusion aber wirklich zu einer unheilbaren Krankheit geworden sein, nun, so mögen die Herren eben sehen, wie sie damit fertig werden. Politiker mit Illusionen sind immer sehr ungefährliche Leute, sie stolpern über Maulwurfsbühgel und fallen, während sie in den Wolken zu wandeln glauben. Also immer weiter in die Illusion hineingearbeitet, wenn's den Herren so gefällt!

### Politische Uebersicht.

Gegen gemeingefährliche Bestrebungen jagen sich förmlich die Gesammtkräfte, rings um hallt es wieder von Vorschlägen zur Verhinderung anarchistischer Anschläge. Gründliche Stellung von solchen Uebeln erwartet man durch strengere Geseze und mehr Polizei. — Jeder denkende Mensch, der im Stande ist, sich auf die Höhe der Zeit zu stellen und von diesem Standpunkte aus den Entwicklungsgang der Gesellschaft zu überschauen vermag, wird mit uns der Ueberzeugung sein, daß die konfusigen und bürnenbrannten Ideen der Anarchisten diesen Entwicklungsgang nimmer fördern können. Wer ernstlich bestrebt ist, die Ungerechtigkeit zu beseitigen, wer den unrechlichen Erwerb bekämpft, wer gegen jedes Blutvergießen ist, und dennoch selbst zu Raub und Raubmord seine Zuflucht nimmt, ja sogar unschuldige Kinder erwürgt, der hat kein Recht, sich als politisch aufgellärter Mensch zu betrachten. Solche Unthaten können wohl Entsetzen erregen, aber niemals die Wege ebnen, welche die Gesellschaft wandeln muß, um zu höherer Bildung und Kultur zu gelangen. — Aber die Gesammtkräfte, welche von den verschiedenen Regierungen zur Verhinderung der Anarchisten geplant werden oder bereits in Anwendung sind, werden unter den heutigen Verhältnissen ihren Zweck vollständig verfehlen. Auch die schärfsten Geseze werden anarchistische Attentate nicht verhindern können. Die anarchistischen Helden entwickeln ihre Thätigkeit seit dem Bestehen des Ausnahmegesetzes in Deutschland, und so lange ein solches besteht, wird unseres Erachtens auch der Anarchismus Boden finden. Die geheime Agitation übt auf unklare und egoistische Menschen immer einen besonderen Einfluß und dieser könnte nur gehoben werden durch öffentliche Diskussion, durch Befestigung der Ausnahmestände. Allein das wird allem Anschein nach nicht geschehen; und daher wird auch der Anarchismus vorläufig noch nicht vom Schauplatze verschwinden.

Die Sensationspresse, das „Berliner Tageblatt“ und der „Börsen-Courier“ bringen beide die Nachricht, daß der „kleine Belagerungsstaat“ über Frankfurt am Main nur deshalb noch nicht verhängt sei, weil man sich über die Frage der Ausdehnung dieser Maßregel auf Offenbach am Main noch nicht schlüssig geworden sei. Wir glauben kaum, daß diese beiden edlen Breiterzeugnisse zu den Regierungen in so intimen Beziehungen stehen, um allein so gut unterrichtet zu sein. Diese Blätter leben von Sensationsnachrichten, bei denen es keineswegs darauf ankommt, ob sie wahr oder erfunden sind. Um nun etwas „Neues“ zu bringen, kommt es diesen Blättern nicht darauf an, einen großen Theil der Bevölkerung von Frankfurt und Offenbach in die größte Erregung zu versetzen, ehe noch etwas Sichereres bekannt ist. Und dabei spricht diese gemeingefährliche Presse jeden Tag von ihrer „Kulturmission“!

Ein preussisch-russischer Auslieferungs-Vertrag wird in der neuesten Nummer des „Reichs- und Staatsanzeigers“ publizirt. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

1. Die königlich preussische Regierung verpflichtet sich, der kaiserlich russischen Regierung auf deren Verlangen die russischen Unterthanen auszuliefern, welche wegen eines der nachstehend aufgeführten Verbrechen oder Vergehen angeklagt oder angeschuldigt oder wegen eines dieser Verbrechen oder Vergehen verurtheilt sind und sich der verdienten Strafe durch die Flucht entzogen haben: 1. wegen eines der nachstehend bezeichneten Verbrechen oder Vergehen oder wegen Vorbereitungen zu deren Ausführung, wenn diese Verbrechen oder Vergehen gegen Se. Majestät den Kaiser von Rußland oder ein Mitglied seiner Familie begangen sind: a. Todtschlag, b. Thätlichkeit, c. Körperverletzung, d. vorsätzliche Beraubung der persönlichen Freiheit, e. Beleidigung. 2. Raub und Raubversuch. 3. Die Herstellung oder der Besitz von Dynamit oder anderen Sprengstoffen, insoweit die Herstellung oder der Besitz von solchen Stoffen durch die russischen Geseze für strafbar erklärt sind.

II. In allen anderen Fällen, in welchen von der kaiserlich russischen Regierung die Auslieferung wegen eines Verbrechens oder Vergehens beantragt wird, welches nicht im Artikel I. erwähnt ist, wird der Antrag von der königlich preussischen Re-

gierung in Erwägung genommen und demselben, wenn nichts entgegensteht, mit Rücksicht auf die freundschaftlichen Beziehungen, welche die beiden Länder verbinden, Folge gegeben werden.

III. Der Umstand, daß das Verbrechen oder Vergehen, wegen dessen die Auslieferung verlangt wird, in einer politischen Absicht begangen ist, soll in keinem Falle als Grund dienen, um die Auslieferung abzulehnen.

IV. Das gegenwärtige Abkommen tritt mit dem Tage des diesbezüglichen Notenwechsels zwischen der königlich preussischen und der kaiserlich russischen Regierung in Kraft.

Einen gleichlautenden Vertrag publizirt auch der russische „Regierungsanzeiger“ in Petersburg. — Gleichzeitig spricht sich das offiziöse russische Journal de St. Petersburg“ dahin aus, daß der deutsche Reichstag zu der Ausdehnung des zwischen Preußen und Rußland in Betreff der Auslieferung von Verbrechern abgeschlossenen Vertrages auf ganz Deutschland seine Zustimmung geben werde. Die Verhältnisse seien derartig, daß zu wünschen und zu hoffen sei, daß dieses Uebereinkommen nicht vereinzelt bleiben werde. Vielmehr sei zu hoffen, daß es als Beispiel weiter befolgt werde im Interesse der Solidarität, welche alle Monarchien verbindet und die sich auch der gesammten Gesellschaft aufzwingt, welche sich gegen die Unternehmungen einer Verbrechergemeinschaft zu schützen wünsche, die sich keinen Bügel anlegt, wenn es sich darum handelt, ihre furchtbaren Leidenschaften zu befriedigen.

Die „Post. Btg.“ bemerkt zu diesem Vertrag: „Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß dieser preussisch-russische Vertrag eine wenn auch späte Frucht der Zusammenkunft von Stiernewice und der Verhandlungen ist, welche sich an dieselbe knüpften. Nicht eben so ungewißhaft ist die Rechtsbefähigung eines in solcher Form abgeschlossenen Vertrages. Seit Besehen der Bundes- resp. Reichsverfassung sind Auslieferungsverträge immer nur im Namen des Norddeutschen Bundes resp. des Reichs abgeschlossen worden, und Niemand hat daran gewweifelt, daß dieselben zu ihrem Abschluß der Zustimmung des Bundesraths und zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Reichstags bedürftig sind. So sind der Auslieferungsvertrag mit Belgien (3. Februar 1870), mit Italien (31. Oktober 1871), Großbritannien (14. Mai 1872) u. s. w. zu Stande gekommen. Für einen Vertrag mit Rußland, der freilich nur Preußen, nicht die übrigen deutschen Staaten bindet, soll nun ein einfacher Notenwechsel genügen, wie vor mehr als 20 Jahren beim letzten polnischen Aufstande. Die identischen Noten legen deshalb in ihrem Schlußparagrafen auch wörtlich fest: „Das Abkommen tritt mit dem Tage des Notenwechsels in Kraft.“ Danach ist es schon am 13. v. M. in Kraft getreten, zehn Tage bevor in der Offenbarkeit irgend etwas vom Abschluß des Vertrages rüchbar geworden war. Ganz im Gegensatz verfügte die im Namen des Reichs abgeschlossenen Verträge: „Der Vertrag soll zehn Tage nach seiner in Gemäßheit der durch die Gesezgebung der hohen vertragschließenden Theile vorgeschriebenen Formen erfolgten Veröffentlichung in Kraft treten.“ Der Reichstag wird sich mit dieser formellen Seite der Frage befassen müssen, und nicht weniger wird der materielle Inhalt des Abkommens in ernste Rücksicht gezogen werden müssen.“

Der Deutsche Reichstag, sonst in Bezug auf auswärtige Dinge überaus lach gehalten, schimmt jetzt förmlich in diplomatischen Aktenstücken. Noch ist die Fötsch-Korrespondenz nicht ganz verdaulich, und schon winkt die Aussicht auf neue Entstellungen. Dieselben sollen, wie dem „B.-K.“ von zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, Ansehlichkeit haben an einen Handelsvertrag zwischen Deutschland und der Transvaal-Republik, welcher Vertrag zwar noch nicht perfekt geworden, aber doch schon im Werke ist. Der Vertrag würde der Englischen Zustimmung bedürfen.

Eine neue deutsche Kolonialerwerbung meldet ein Privattelegramm aus London. Dasselbe ist nämlich über Madeira die Nachricht eingetroffen, daß ein großes Gebiet nördlich von Sierra Leone — der Umfang desselben ist aus der Depesche nicht zu ersehen, da die Namen verstimmt sind — durch Aufheben der deutschen Flagge unter den Schuy des deutschen Reichs gestellt worden ist.

Dem Abgeordnetenhaus ist ein statlicher Quartband von 403 Seiten, enthaltend den Bericht über die Ergebnisse des Betriebs der für Rechnung des preussischen Staats verwalteten Eisenbahnen im Betriebsjahre 1883/84 zugegangen. Das Staatsbahngebiet hat danach eine Länge von 14 229,32 Kilometer, wozu außerhalb des preussischen Staatsgebietes noch 1060,46 Kilometer hinzutreten. Von den preussischen Staatsbahnen entfallen auf Ostpreußen 788,45, Westpreußen 974,38, Pommern 1066,87, Polen 441,19, Schlefen 667,88, Brandenburg einschließlich Berlin 1666,08, Sachsen 1665,66, Hannover 1694,32, Westfalen 1743,28, Hessen-Nassau 1070,84, Rheinprovinz 2650,25, Sadtgebiet 0,15 Kilometer. Von den außerhalb Preußens belegenen Bahnen im Königreich Sachsen 124,10, Großherzogthum Sachfen - Weimar 135,07, Dessen 111,30, Oldenburg 85,71, Mecklenburg - Strelitz

Das haben wir Alle auch gesagt, aber wie soll dies geschehen? Wir wissen sehr wohl, daß unsere Bemühungen von Erfolg sein würden, wenn dieser Mensch nicht mehr seinen verderblichen Einfluß auf Wadschid Ali ausübte.“

„Ich werde mit dem Gouverneur darüber sprechen, Mr. Barr . . . . Sagten Sie nicht, daß Sie noch ein persönliches Anliegen haben?“

„Ja, Hoheit; Ihre bekannte Humanität, Ihre stete Bereitwilligkeit, Ungerechtigkeiten gut zu machen, ermuthigt mich, Ihnen ein Gesuch vorzutragen.“

„Ich höre, Mr. Barr!“

„Wadschid Ali requirirte für seinen Harem eine Tibetnerin, Namens Nuna, welche die Braut eines jungen Deutschen mit Namen Martin Rodenburg war . . . . Der junge Mann liebt das Mädchen und hat mehr als einmal sein Leben für sie auf's Spiel gesetzt . . . . Namenloser Schmerz erfaßte ihn, als er hörte, daß der König das Mädchen in seinen Harem aufgenommen habe.“

„Und das Mädchen?“

„Hoheit, sie ist in Indien und in den Borurtheilen indischer Frauen befangen, daß es kein höheres Glück giebt, als zu den Gemahlinnen eines Königs zu zählen; die Arme weiß noch nicht, daß sie nichts weiter sein wird, als ein Vogel im goldenen Käfig, daß die Frau des ärmsten schottischen Bauern an der Seite ihres Gatten, im Kreise ihrer Kinder glücklicher ist, als die Favoritin eines Nabobs . . . . Es werden ihr zu spät die Augen geöffnet werden.“

Nafir machte eine sehr bedenkliche Miene. „In dieser Sache kann ich nichts thun, lieber Mr. Barr. Der König kann von seinen Unterthanen in seinen Harem nehmen, wen er will, und Niemand darf sich seinem Willen widersetzen . . . . Hier hört mein und selbst des Gouverneurs Einfluß auf.“

„Ich weiß wohl, Hoheit, daß Sie in dieser Sache nichts ändern können; allein es ist etwas anderes, was ich von Ihnen erbitten möchte. Der junge Mann war unbesonnen genug, den König um Freilassung seiner Braut zu bitten. Wadschid Ali hat den verwegenen Bittsteller in Ketten legen lassen und bestand anfänglich auf seine Hin-

72,94, Herzogthum Anhalt 239,45, Braunschweig 54,18, Koburg - Gotha 74,45, Sachfen - Meiningen - Hildburghausen 20,02, Sachfen - Altenburg 0,94, Fürstenthum Lippe - Detmold 29,30, Lippe-Schwarzburg-Sondershausen 12,71, Württemberg 301,17, Staat Bremen 37,23, Hamburg 4,65; Königreich Preußen 5,37 Kilometer.

Frankfurt a. M. Von den verschiedensten Seiten der „Frankf. Btg.“ weitere Mittheilungen über die Verhaftungen zu, welche aus Anlaß des Mordes des Politikers Kumpff stattgefunden haben. Namentlich glaubt die Polizei in dem bei Mannheim verhafteten Manne, der bisher hergebracht worden ist, wenn nicht den Mörder, so doch einen Komplizen desselben ergriffen zu haben. Wie ferner bestimmte Anhaltspunkte dafür beständen, daß die Verhaftungen an dem Morde betheiligte seien. Weitere Einzelheiten werden, mitzutheilen, müssen wir uns — so die genannte Zeitung — vorerst versagen, weil sie nicht verbürgt erscheinen und leicht den Gang der Untersuchungen stören könnten.

Mannheim. Die „Neue Badische Landeszeitung“ führt durch, daß der in Hockenheim Verhaftete nach Frankfurt führt wurde, weil nachweislich der dringende Verdacht besteht, daß derselbe an dem Kumpff'schen Morde betheiligte sei. Verhaftete verweigert auch weiter hartnäckig jede Auskunft.

### Oesterreich-Ungarn.

Die Anarchistengesetze finden in der ganzen sischen Presse eine abfällige Beurtheilung. Der z. B. kann nichts wahrnehmen, womit solche einschränkungen der bisherigen verfassungsmäßigen Geseze zu rechtfertigen wären. Es scheint, daß man anarchistische Elemente unzureichend generalisire als ob der anarchistische Strom Staat und Reich schwemmen würde. Uebrigens lehre die Erfahrung uns auch die bisherigen Geseze derart praktikirt werden, daß sie nicht abgelesen werden, sondern mit der Ausnahmemaßregeln, staatlische Ordnung und öffentliche Sicherheit mitunter zu gefährden. Durch die Sozialisten-Vorträge könnten das Vereins-sammlungsrecht sowie die Pressefreiheit derart beschränkt werden, daß dadurch die verfassungsmäßige Freiheit einfa-

### Frankreich.

Der frühere Pariser Polizeipräsident und jegliche Andreux macht sensationelle, manchen Deuten angenehme Enthüllungen. Heute erzählt er, wie Beamte der Polizeipräfectur zur Pflichtverlegung zu und als Spione ihrer eigenen Vorgesetzten zu thätigen der betreffende Abgeordnete versprach ihm goldene Ziegler (der seinen Vorgesetzten Anzeige gemacht ihrem Auftrage handelte) Schwierigkeiten machte, von ihm verlangte, sagte ihm der Abgeordnete: „wollen Sie Herrn Gambetta sehen? Ich denke, wird Ihnen genügen.“ In der That führte er Tage später zu Gambetta, „Niemand“, erzählt der „besaß in höherem Grade als Herr Gambetta die die Milde und Vertraulichkeit seines Empfanges zu sein, die es sich verbinden wollte. Ziegler ist es Verdienst anzurechnen, daß er sich nicht fortziehen ließ der ihm aufgetragenen Rolle treu blieb. „Es ist ein macht“, sagte Herr Gambetta, „Sie werden mir möglichst oft einfinden. Und trachten Sie, daß es effizient werden!“ Und nachdem er in einem feste fügte er hinzu: „Für größere Sicherheit werden doppeltem Umschlage schreiben an Herrn Dr. Adresse ich Ihnen hier gebe . . . .“ Es sind bildliche und administrative Sitten, von denen Herr Gambetta Bild entwirft. — Wir fügen hinzu: Es ist die weiter als Jüulnik! — Gestern begann die Verhandlung gegen die Anarchisten vom Saale Leuig, leugneten, Brandreden gehalten und den Anarchisten, verweigerten den religiösen Eid, doch, unter Protest, als einer zu 100 Franken urtheilt wurde. Die Anklage hatte die Zeitungsblätter als Belastungszeugen vorgeladen; dieselben lehnten ab, schieden jede Aussage ab. Einer, Casabianca vom ment“, erklärte, der Bericht, obwohl mit seinem Namen sei nicht von ihm, er sei gar nicht in der wesen. Präsident: „Sie schulden doch aber Wahrheit!“ Casabianca: „Durchaus nicht! Wenn liebt, kann ich hochphantastische Artikel schreiben Dampfer „Bearn“ und „Provence“ sind mit Truppen für Tonkin in See gegangen.

richtung; mit vieler Mühe haben wir es dahin, daß er ihn zu lebenslänglicher Kerkerhaft hat . . . . Da schmachtet nun der Unglückliche Ketten, ohne Aussicht, die Freiheit jemals zu langen.“

„Ich beklage den jungen Mann, Mr. Barr; lingt es Ihrem eigenen Einfluß, Wadschid Ali zu deren Urtheile zu bestimmen.“

„Wir haben das bis jetzt auch Hoheit, aber wir haben eingesehen, daß ausrichten werden . . . . Es befindet sich Zeit ein Herr von Wredow mit seiner jungen am Hofe von Audh, der in besonderer Gunst steht, und welcher an dem jungen Rodenburg Antheil nimmt, da dieser ein Verwandter ist; aber auch ihm hat Wadschid Ali's Freudenbes ist; aber auch ihm hat Wadschid Ali's ständigesten Bitten rundweg abgeschlagen und niemals wieder davon zu sprechen.“

„Ist Mr. Rodenburg ein Engländer?“

„Ein Deutscher, Hoheit!“ antwortete Mr.

„Dann fürchte ich, es wird nicht geben, spreche noch heute mit dem Gouverneur Sie sind natürlich mein Gast auf einige Tage, Mein Urlaub ist nur kurz, Hoheit; in meinem Herzen wohl und ist nach einem langen in Audh für mich eine Erquickung, unter edelsten Fürsten einige Tage zubringen zu Nafir hieß ihn in seinen Salon gehen, verneur und seine Tochter zu begrüßen und die Gemächer, welche O'Brian mit seinem wohnte, und welche für sie im Schloß standen.“

„Ein Deutscher, Hoheit!“ antwortete Mr.

„Dann fürchte ich, es wird nicht geben, spreche noch heute mit dem Gouverneur Sie sind natürlich mein Gast auf einige Tage, Mein Urlaub ist nur kurz, Hoheit; in meinem Herzen wohl und ist nach einem langen in Audh für mich eine Erquickung, unter edelsten Fürsten einige Tage zubringen zu Nafir hieß ihn in seinen Salon gehen, verneur und seine Tochter zu begrüßen und die Gemächer, welche O'Brian mit seinem wohnte, und welche für sie im Schloß standen.“

Zu seiner großen Ueberraschung fand er Freunde nicht in der Gesellschafts-Toilette, welche wie der heutige erforderte, sondern im Ueberrascht blieb er stehen.

„Was soll das, meine Freunde?“ rief er

„Sir,“ antwortete O'Brian, seine Hand

Die Arbeit... gen eine neu... ernannte... Beschäftig... de zu diesem... nahmefällen... ten beschäftig... eben und 100... größete Sum... größter in Co... hien in der C... anarchoistische... so doch einen... ergriffen zu haben... fühlte sei, sich... ferner bestimmte... Anhaltspunkte dafür beständen, daß... sonen an dem... Morde betheiligte seien. Weitere Einzelheiten werden, mitzutheilen, müssen wir uns — so... die genannte Zeitung — vorerst versagen, weil sie nicht... verbürgt erscheinen und leicht den Gang der Untersuchungen stören könnten.

Die Ko... r a g Adarm... beginnen... Die... annte Romm... fey e n i w... mit Motiva... e Fraktion ho... Kommissio... Montag, Dient... chen, um dem... an... Die... the Neuerung... er Wahl eing... schlossen eine Wa... ungen über d... nicht abgefe... Mittheilung... Wahl ihres... schlossen worde... Wahl in lage... ichtigkeit ober... liegt.

Die R... Post p... unter dem Vor... fellvertreter u... r und von... nst noch aus d... Hofoldt, Francke... v. Mar... sozialdemokratis... — Die... besaß beschloß g... anstehen, die... Wahlprotokoll... — Zu der... am p f e l o... entrum folgten... von 5 400 000... n folgt zu ver... der Rotterdam... e von demselbe... Tafel; die Mitt... ank und die d... als Gesez tritt... welches die Ste... ozenial gere... dämpfer un... verlässigkeit d... mler und sein... subventionis

Zur... armen-schulden... mehrere Produkt... über derselben... ammen in diese... reuz noch ein... nicht vier... fende Droga... abhöflichen W... eine weiter... sener Kreuz u... Sanitätsbilde n... ungsmittel, W... schäfts in der... auf welchem

ich bitte Si... teute abreise... welche ich Ihn... Abreise.“

„Und St... öffentlich and... allen Dingen... bringen, daß... mandeur ernan... at. Sie w... Gouverneur... diesem Grunde... werden.“

„Ah, ich g... Hand salutiren... haltung seinem... hinzu, „nun... ich angehen.“

„Kommando ha... Wir wollen se... nicht weiter lo... weinigen.“

„Die Gese... „Unfer... huta erhalten... „Ausgezei... en Wäldern i... eine Jagd sein... ch freue mich... In diesen... aus anderen G... gn aus der M... welcher wußte... „Wann i... „Sobald... über werden S... den Hof des... nämlich mitth... Dr. Barr so e



Brauer und Mälzer beschlossen. Der von Berlin aus betriebene Antrag auf Bildung einer besonderen Norddeutschen Berufsgenossenschaft wurde nach einer Vorversammlung im Wege der Vertikalisierung zurückgezogen.

Am 9. Januar wurde in Berlin die Generalversammlung der Schornsteinfegermeister des Deutschen Reichs abgehalten, deren Ergebnis ebenfalls der Beschluss zur Bildung einer Reichs-Berufsgenossenschaft für dieses Gewerbe war.

Am 10. Januar beschloß in Berlin die Generalversammlung der Chemischen Industrie die Bildung einer Reichs-Berufsgenossenschaft, welche außer den eigentlichen chemischen Betrieben noch Gruppe VIII der Berufsstatistik mit Ausnahme der Lehmhöfen und Gasanstalten umfaßt wird.

Am 14. Januar traten die Unternehmer von Rüben- und Zuckerraffinerien in Berlin zu einer Generalversammlung zusammen, deren Ergebnis ebenfalls die Bildung einer Reichs-Berufsgenossenschaft war; ihr Sitz soll Berlin werden.

Am 16. Januar wurde in der Generalversammlung zu Eisenach einstimmig eine Reichs-Berufsgenossenschaft der Papiermacher (Verfertigung von Papier und Papierstoffen) beschlossen. Zum Vorsitzenden wurde der Fabrikant Dreweil-Lachendorf bei Celle gewählt.

Am 22. Januar fand die Generalversammlung der Tabakindustriellen statt. Die Mannheimer Fabrikanten beantragten die Bildung einer besonderen süddeutschen Berufsgenossenschaft, welche Bayern, Württemberg, Hohenzollern, Baden, Württemberg, Nassau und die Reichslande umfassen sollte. Die Mehrzahl der Anwesenden sprach sich mit Entschiedenheit gegen eine solche Stärkung der Einheit aus und es ergab sich auch bei der geforderten Abstimmung in Ländern nur in Baden eine Mehrheit für eine Trennung von Norddeutschland.

gegen, denn sie erklärten in der am Donnerstag stattgehabten Versammlung abermals einstimmig, ihr gutes Recht bis zu Ende des Strikes, welcher ohne Sieg kaum denkbar ist, zu verteidigen.

Um den Gewerkschaften jederzeit die öffentliche Kontrolle zu ermöglichen, werden dieselben zu der am Dienstag, den 27. Jan., stattfindenden öffentlichen Versammlung der Drechler, Knopfmacher und Berufsgenossen nach Keller's Restaurant, Andradstr. 21, eingeladen.

Vereine und Versammlungen.

In einer öffentlichen Versammlung junger Kaufleute, welche etwa 200 Teilnehmer zählend, am Freitag Kommandantenstraße 72 tagte, referierte Herr Joachimson über die neu gegründete „nationale kaufmännische Kranken- und Sterbefürsorge zu Berlin (G. V. R.).“

4. Klasse 171. Königl. Preuß. Lotterie.

Table of lottery numbers for the 4th class of the 171st Prussian Lottery, listing winning numbers and their positions.

Krankenkassen des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen und des Ostvereins der Kaufleute zwar auch lassen, aber nur für solche Kaufleute zugänglich sein.

Im Verein zur Wahrung der Interessen der Zigarreten findet Montag, den 26. Januar, Abends 8 Uhr, Gratzweiser Bierhallen die dritte ordentliche Generalversammlung im ersten Vereinsjahr statt.

Eine öffentliche Versammlung der Tischler und Klempner am Montag, den 26. Januar, Abends 8 Uhr, Brunnenstr. 34 in Bettin's Salon statt.

Die Kommission der Tischler macht bekannt, dass die Streifen, die dem Tischlermeister im R. Berlin... gestellt sind, ebenfalls noch fest gemüllt sind.

Theater listings for various venues including Königlich Oberhaus, Königl. Schauspielhaus, Deutsches Theater, and others, listing plays and times.

Victoria-Park listings for Eisbahn, Eiseisfest, and other events, including contact information for the venue.

Paul Freyer Maler listings for Roh-Tabak, Masken-Garderobe, Herm. Rehr, and other services, including address and contact details.

Vertical text on the right edge of the page, including names and possibly dates.



beeinflusst. Diese Aenderungen sind leider vielfach unerwartet und plözlich, ohne Befragen der interessirten Geschäftskreise, gekommen. Die Handelskammern, speziell auch die Kellereien der Berliner Kaufmannschaft, führen darüber lebhafteste Klagen. Hierher gehört auch die von dem Abg. Dr. Müller angeregte Frage des Hölles auf Petroleumfässer. Ich möchte darauf bei dem jetzigen Stande der Sache nicht näher eingehen, muß aber doch konstatiren, daß es nach meiner Freunde und meiner eigenen Auffassung des § 2 des Zolltarifgesetzes von 1879 für eine derartige Maßregel an jeder gelegentlichen Grundlage fehlt. Endlich fällt auch die Wirkung des Veredelungsverkehrs finanziell ins Gewicht. Werden doch jetzt alljährlich ca. 2½ Millionen Zentner Rohseiden und ca. 6 Millionen Zentner Getreide für den Export verarbeitet. Das ist eine entsprechende Begünstigung des Auslands. Der Veredelungsverkehr beruht ja auf dem Grundsatze, daß das Inland den Zoll tragen müsse, und dieser Zoll deshalb für die Exportwaaren erlassen werden müsse. Der Abg. Grad behauptet, bei Einführung der Admission temporaire werde ein großer Theil der deutschen Baumwollspinnereien zum Stillstand kommen. Die Krefelder und Elberfelder Industrie verbraucht heute wie vor 6 Jahren ausländische, nicht elässische feine Garne. Wichtiger als der Veredelungsverkehr, bei welchem stets billig an das Ausland, aber theuer an das Inland verkauft werden soll, würde eine Herabsetzung der Garnsätze selbst sein. An die Frage der Admission temporaire knüpft sich nun noch ein auffälliges Merkmal der königlich preussischen Regierung in Düsseldorf, welches einige Fabrikanten, die nur freien Krankenlassen beigezeichnete Arbeiter beschäftigen wollen, offen mit der Verfassung der Admission temporaire bedroht; solches kurzfristiges Verhalten kann in der Garnzollfrage nur das Entgegenkommen der Reichsregierung hindern. Bisher hat man es immer für Aufgabe der Beamten gehalten, die Anträge deutscher Gewerbetreibender sachlich zu prüfen und je nach dem Ausfall der Prüfung zu berücksichtigen oder abzuweisen. Es wäre sehr bedauerlich, wenn eine solche pflichtmäßige Berücksichtigung künftig nur als ein Geschenk beherrschten Wohlwollens gewährt werden sollte. Das ist ein durchaus verwerflicher Standpunkt. Die Düsseldorf'sche Regierung mag deshalb vom preussischen Ministerium zur Rechenschaft gezogen werden, aber die Reichsregierung kann doch die gegen sie ausgesprochene Verdächtigkeit nicht un widerprochen lassen. Die Halbfleiden-Industrie, um welche es sich handelt, ernährt Hunderttausende; was geht es alle die an, ob einzelne Fabrikanten in der Krankenkassenfrage nicht so handeln, wie die Regierung will. Auch der Reichstag ist an der Austragung dieser Sache interessirt. Liefern doch die Gutachten der lokalen Behörden vielfach das Material zur Entscheidung der Reichsregierung und des Bundesraths. Wird also in dieser Instanz, je nach persönlichem Verhalten in anderen Dingen, Lob und Tadel vertheilt, so verlieren alle aus dieser Quelle fließenden Erwägungen sehr an Gewicht. Freilich ist dieses Vorkommniß nur ein Zeichen jenes Systems der Schädigung und Begünstigung, in welches wir durch einen hoch ausgebildeten Zolltarif und seine Konsequenzen gerathen sind; es wäre deshalb wenigstens zu wünschen, daß die Reichsregierung die in dem jetzigen Reksript liegende schwere Beleidigung mit der nöthigen Energie zurückweise. (Bravo: links.)

Bevollmächtigter zum Bundesrath, Wirklicher Geheimrer Rath, Staatssekretär des Reichschatzkanzlers, v. Burchard: Die Behauptung des Vorredners, die Erträge unseres Zolltarifs, wenn man den Tabakzoll abzüge, seien zurückgegangen, ist unrichtig und beruht auf einer Verkennung der Wirkungen des Zolltarifs. Man muß doch zwischen Finanz- und Schutzzöllen unterscheiden. Die Schutzzölle aber sollen in erster Linie die Konkurrenz des Inlandes begünstigen; ein Steigen der Erträge aus ihnen ist also gar nicht die Absicht gewesen. Die Erträge der Finanzzölle hingegen sind stetig gewachsen; und das ist ein Beweis für die zunehmende Leistungsfähigkeit der Bevölkerung. Die Hölle für Materialwaaren und Petroleum brachten im Jahre 1880 im Ganzen 85½ Millionen; 1881 brachten sie 98 Millionen, 1882 brachten sie 101 Millionen und 1883 sogar 106 Millionen. Diese Erträge der reinen Finanzzölle sind also weit mehr gestiegen, als es der Bevölkerungszunahme entsprechen würde. Dem Wunsche des Vorredners nach amtlicher Publikation der Erträge jeder einzelnen Zollposition kann wegen der damit verbundenen übermäßigen Arbeitslast nicht entsprochen werden. Das amtliche Waarenverzeichnis ist eine Interpretation des Gesetzes, welches durch den Bundesrath nur pflichtmäßig und korrekt gehandhabt worden ist. Von einer „Fluth von Aenderungen“, die der Vorredner konstatirt haben will, kann schon deshalb keine Rede sein, weil jede einzelne Aenderung reiflich und sorgfältig nach Erwägung aller thatsächlichen und technischen Momente von den Regierungen geprüft wird. Die Ausführungen des Vorredners betreffen des Veredelungsverkehrs sind von Interesse, weil er sich als einen Gegner desselben bezeichnete. Er steht darin eine Schädigung unserer Interessen, während ich das Gegentheil angenommen habe. Wenn er ihn aber als einen Protest gegen die Behauptung bezeichnet, daß das Ausland die Hölle trage, so ist diese Behauptung nicht für jeden Fall und in solcher Allgemeinheit aufgestellt worden. Der Veredelungsverkehr vollzieht sich im Transiit; eine in Deutschland veredelte Waare ist eine ausländische Waare, an der nur gewisse Arbeiten im Inlande vorgenommen wurden, und die dann wieder hinausgeht; eine solche Waare mit einem Zoll zu belegen, würde allen Prinzipien der Zollgesetzgebung widersprechen. Darum wird, wenn die Möglichkeit eines Veredelungsverkehrs vorliegt, diese Frage vom Punkte aus erwoogen werden, daß dem Auslande Arbeit zugeführt wird, ohne daß der verarbeitete Gegenstand dem inländischen Konsum anheimfällt. Die Behauptungen des Vorredners hinsichtlich des Reksriptes der königlichen Regierung zu Düsseldorf entlich sind, wie er selbst andeutete, nicht hier, sondern in preussischen Landtage anzubringen. Es handelt sich doch zunächst darum: hat die königliche Regierung bei Erlaß dieses Reksriptes gefehlt? Ist dieser Vorfall zu bemängeln? Das kann aber nicht hier geschehen und die Andeutung, daß die Reichsregierung verdächtig werde, muß ich vollständig als unsubstantiirt bezeichnen. Die königliche Regierung zu Düsseldorf kann die Reichsregierung garnicht verdächtigen, denn diese besteht, was die Zulassung des Veredelungsverkehrs betrifft, in dem Bundesrath und in den verbündeten Regierungen, und es kann unter keinen Umständen auch nur in der Absicht der I. Regierung zu Düsseldorf gelegen haben, auf die Entschlieungen der verbündeten Regierungen in dieser oder jener Frage irgendwie zu präjudiciren, nach welcher Richtung hin dieselbe immerhin ausfallen möge. Dazu ist die I. Regierung nicht in der Lage. Aber wenn sie das gethan hat, so ist nicht hier der Ort, das zu erörtern, sondern im Preussischen Landtag.

Abg. Trimborn: Die Konkurrenzfähigkeit der Krefelder Seidenindustrie gegenüber der französischen hat außerordentlich gelitten durch die in Frankreich eingeführte Begünstigung, die man daher auch der Krefelder Seidenindustrie hätte gewähren müssen. Jedenfalls verdienen die Petitionen der Krefelder Handelskammer, gerade auch im Interesse der zahlreichen, in jener Industrie beschäftigten Arbeiter, eingehende Erwägung beim Bundesrath.

Abg. Brömel hält seine Behauptung gegenüber dem Staatssekretär aufrecht; es werde sich zur näheren Behandlung der Sache noch Gelegenheit finden bei Gelegenheit der bevorstehenden Zolltarifrevision. Redner bestreitet insbesondere, daß er ein Gegner des Veredelungsverkehrs sei.

Abg. Grad weist darauf hin, daß früher die französische Seidenindustrie mit den elässischen Garnen ausgelommen sei, und daß die Krefelder Seidenindustrie wohl dasselbe können werde.

Abg. Trimborn: Die Krefelder Seiden-Industrie hat noch niemals elässische Baumwollgarne gebraucht, weder vor dem Zolltarif von 1879, noch nach dem Erlaß desselben.

Der Tit. 1 wird darauf bewilligt.

Ohne Debatte genehmigt das Haus die Ausgaben für das Hauptpostamt zu Hamburg.

Bei Tit. 1 (Tabaksteuer 10 901 110 M.) weist.

Abg. von Göler weist auf den Rückgang der Erträge aus der inländischen Tabaksteuer hin. Niemand hat etwas Anderes erwarten können; man konnte annehmen, daß sie noch niedriger stellen würden, da die inländische Produktion in Abnahme begriffen ist. Der Rückgang ist übrigens an andere Gründe zurückzuführen, die sich in Petitionen an dieses Haus widerspiegeln. In den Kreisen der Tabakbauer richten sich die Wünsche dahin, daß das Verhältnis zwischen der Tabaksteuer und dem Tabakzoll in der Weise eine Aenderung erfahre, daß eine Erhöhung des Zolles vorgenommen werde. Allerdings muß mit der Erhöhung des Zolles Hand in Hand gehen eine Kontingentirung des Tabakbauers. Wünschenswerth wäre es auch, wenn die peinliche Aufsicht, die bei der Steuerkontrolle jetzt ausgeübt wird, etwas gemindert würde.

Staatssekretär v. Burchard: Die verbündeten Regierungen legen ein Gewicht darauf, daß der Tabakbau florirt, der für die Landwirtschaft eine nützliche und notwendige Quelle des Einkommens bildet. Es heißt indessen doch wohl etwas schwarz sehen, wenn man aus der jetzigen Lage des Tabakbauers auf eine vollständige Vernichtung desselben schließen wollte. Die Jahre 1882 und 1883 haben ungünstige Ernten ergeben, wenigstens ist der Tabak der Qualität nach sehr schlecht gewesen, aber es ist die Hoffnung vorhanden, daß derartige abnorme Verhältnisse nicht mehr eintreten. Was die Stellung der verbündeten Regierungen zur Steuerfrage betrifft, so kann ich darüber nichts Näheres sagen. Es ist zu besinnen, daß vor zwei Jahren das Tabakmonopol hier eingebracht, aber von dem Hause abgelehnt worden ist, bei dem die Regierung die Absicht verfolgte, den Tabakbauern zu Hilfe zu kommen. Ob in Betreff der Steuerkontrolle Erleichterungen vorgenommen werden sollen, muß noch offen bleiben. Wenn betrifft derselben übrigens Beschwerden entstehen, so wäre es besser, dieselben den Landesregierungen zur Kenntniß zu bringen, die in dieser Beziehung alsdann das Thunliche zu veranlassen im Stande sind.

Abg. Grad hält eine Revision des Steuergesetzes für nicht zu schwierig und sie ist nöthig geworden, da überall, nicht in Baden allein, Klagen über dieselben laut werden. Am Besten wäre es gewesen, wenn auch in Deutschland das Tabakmonopol eingeführt wäre, das in Frankreich 300 000 000 Fr. abwirft, in Deutschland also sicher einen gleichen Betrag ergeben hätte, während wir jetzt aus dem Tabak nur 40 000 000 Mark erzielen.

Abg. Buhl: Ich gebe dem Abg. v. Göler darin Recht, daß die Kontrollmaßregeln oft als verzerend empfunden sind, und es ist wünschenswerth, daß eine Ermäßigung derselben eintreten möge, zumal die Gefahr der Defraudation nur gering ist. Die Frage einer Erhöhung des Tabakzolles ist an die Bedingung der Kontingentirung des Tabakbauers geknüpft worden. Aber die Kontingentirung wird schwierig durchzuführen sein und böses Blut erregen, wenn vielleicht nach Art der Monopoldarstellung jeder Gemeinde vorgeschrieben werden soll, wie viel sie in jedem Jahre bauen darf. Ich möchte übrigens an die Vertreter der Regierung noch die Frage richten, ob dieselbe nicht in der Lage ist, auf Grund von § 20 des Tabaksteuergesetzes den Steuerkredit in einer solchen Weise zu regeln, daß es auch den Tabakbauern möglich gemacht wird, ihren Tabak selbst zu fermentiren, ohne Gefahr zu laufen, daß sie unmittelbar nach der Fermentation den Tabak verkaufen müssen, so daß von einem freien Geschäft nicht mehr die Rede sein kann.

Staatssekretär v. Burchard: Dem Wunsche des Herrn Abgeordneten wird jedenfalls bereitwillig entsprochen werden. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß die Frage, welche Sicherheit zu stellen ist für den Kredit, nicht im Kreditreglement des Bundesraths geordnet ist; die Ordnung derselben ist vielmehr den Landesregierungen überlassen. Ich füge noch hinzu, daß auch jetzt schon den Tabakplantzern auf Antrag gestattet werden kann, die Gewichtssteuer, falls sie einen höheren Betrag erreicht, bis zum 15. Oktober des auf das Erntejahr folgenden Jahres zu bezahlen, und diese Frist kann nach neueren Beschließen des Bundesraths noch weiter hinausgeschoben werden. Also besteht auch jetzt schon für den Tabakbauer die Möglichkeit, selbst zu fermentiren.

Abg. Kopper bestreitet, daß das Tabakmonopol in Deutschland einen gleichen Ertrag ergeben werde als in Frankreich, da die mit der Einführung des Monopols notwendig verbundene Steigerung der Tabakpreise auch eine Verminderung des Konsums zur Folge haben werde.

Abg. Grad hebt hervor, daß der Konsum an Tabak in Deutschland um 70 Prozent höher ist, als in Frankreich. In Frankreich hat sich der Konsum gesteigert, trotzdem eine Erhöhung der Preise eingetreten ist. Es ist also mit Sicherheit anzunehmen, daß Deutschland aus dem Tabak denselben Steuerertrag wird erzielen können, wie Frankreich.

Der Titel wird genehmigt.

Um 5½ Uhr vertagt das Haus die weitere Berathung bis Montag 11 Uhr. Auf der Tagesordnung steht noch der heute eingegangene Nachtragsetat.

**Abgeordnetenhaus.**

8. Sitzung vom 24. Januar 1885, 11 Uhr.

Am Ministerische Lucius, v. Scholz, v. Puttkamer.

Es wird die zweite Berathung des Etats, und zwar zunächst mit dem Etat der Verwaltungseinnahmen fortgesetzt.

Die bezüglichen Positionen werden bewilligt, ebenso der Rest des Etats.

Es folgt der Etat der Lotterieverwaltung.

Zu Tit. 1 der Einnahmen, welche sich aus dem Lotteriespiel auf 4 045 846 M. belaufen, bemerkt

Abg. Peters (kons.): Die gänzliche Aufhebung des Lotteriespiels ist zwar vom öffentlichen Standpunkte erwünscht; vollstlich aber zur Zeit bedenklich. Inwiefern man wenigstens versuchen, dem immer mehr um sich greifenden unethischen Zwischenhandel mit Lotterielosen ein Ende zu machen. Die „Schl. Sig.“ hat kürzlich erst einen sehr lehrreichen und instruktiven Artikel über diesen Zwischenhandel gebracht, aus dem sich ergibt, daß die Zwischenhändler zum Schaden des Publikums ein sehr lukratives Geschäft machen. Die Lotterieverwaltung könnte diesen Zwischenhandel vielleicht beschränken; sei es durch Vermehrung der Loose, oder aber wenigstens dadurch, daß man ähnlich wie in Sachen nicht Viertel, sondern auch Behtellose ausgiebt; und daß man die Zahl der Kollektoren vermehrt. Die Einnahmen der Kollektoren sind gegenwärtig enorm; ein Kollektor in Köln hat 40 000 M. Jahreseinnahme aus der Kollekte. Man sollte auch lieber alte verdiente Beamte zu Kollektoren machen, als Bankiers, unter denen man gegenwärtig hauptsächlich die jüdischen zu bevorzugen scheint. Warum macht man nicht z. B. alte pensionirte Postsekretäre zu Kollektoren? Warum folgt man, zum Schaden des Publikums, auch hier den Grundsatz: wer da hat, dem wird gegeben? Die jetzigen großen Lotteriezahler erlauben sich Grobheiten gegen das Publikum und betrachten die Abfassung eines Looses als besondere Gefälligkeit ihrerseits. (Weisfall.)

Abg. Stern (Demokr.): Auch ich bin der Meinung, daß in der Weise, wie jetzt gespielt wird, unmöglich fortge-

spielt werden kann. Der jetzige Zustand ist nicht mehr im Stand der öffentlichen Ordnung, sondern der öffentlichen Verfall. Wir werden geradezu jetzt von unseren Nachbarn mit einer hohen Steuer belegt, wir sind an uns selbst verpflichtet. Wir können aus diesem Zustand nur herauskommen durch eine Vermehrung unserer eigenen Lotterielose und die Hebung des Spielverbotes für auswärtige Lotterien, das nicht mehr berechtigt ist, da es unbillig ist, deutsche Looslose zu vernechten; das wäre ein Verbrechen. Wenn die deutschen Looslose vermehrt werden, so werden wir die Konkurrenz mit den übrigen Staaten sehr wohl aushalten können.

Abg. Stengel: Im Allgemeinen mit dem Beseitigen in Uebereinstimmung, kann ich mich doch nicht mit solcher Stimmigkeit für das Verbot der Aufhebung des Spielspieles auswirken. Ich spreche mich nicht gegen die Hebung des Spielverbotes aus, da ich die Folgen nicht übersehen vermag; trotzdem erkenne ich an, daß die durch den Verbot herbeigeführten Nachteile von beträchtlicher Wichtigkeit sind. Der jetzige Zustand ist aber ganz und gar unbillig. Die Lotterieverwaltung ist eine sehr wichtige Angelegenheit für unsern Nachbarstaaten. Die Lotterieverwaltung haben, sind verhältnißmäßig kolossale. So hat Preußen bei 4 Millionen Einwohnern 5 600 000 M. Lotteriereichthum, Frankreich bei 35 Millionen 1 200 000 M., Hamburg bei 450 000 Einwohnern 1 474 000 M. Wenn ich Preußen mit Sachsen vergleiche, für das Erstere eine entsprechende Einnahme aus der Lotterieverwaltung, so würde sie jährlich über 50 Millionen Mark betragen. Ich bin natürlich weit entfernt, dies zu beantragen. Inwiefern unsere Einnahme ist gar zu gering. Angekündigt unsere Etats können wir aber großen Nutzen sehr wohl brauchen, ja wir müssen sie sogar noch streitig notwendigem Bedürfnisse haben. Wir thun recht, auf die vermehrte Einnahme aus der Lotterie hinzuwirken. Es ist dies auch eine Steuer, die freiwillig und ohne Zwang Allen, die daran theilhaftig sind, getragen wird.

Abg. v. Bacher: Staatsregierung wird deshalb gut thun, eine Vermehrung der Loose erstatzt ins Auge zu fassen.

Abg. von Minnigerode (konservativ) beantragte die Aufhebung des Etats der Lotterieverwaltung an die Kommission.

Minister von Scholz: Ich stimme dem Beseitigen der Lotterie nicht ins Auge zu fassen ist, kann auch nicht bestreiten, daß die Vermehrung der Lose durchaus geeignetes Mittel ist, um dem größten Uebelstände wirklich abzuwehren. Wenn gleichwohl die Initiative einer Aenderung die Initiative nicht ergreifen sollten Sie das nicht irrtümlich beurtheilen. Es hat eine Maßregel, die nicht bios nach der rechtlichen, sondern auch nach der moralischen Seite zu beurtheilen ist; hier spielt eine moralische Urtheil eine große Rolle. Die Regierung wird halb in einem solchen Falle Vorstich geben, daß sie nicht ergriffen der Initiative in die Gefahr kommt, daß der großen Theil des Volkes auf sein moralisches Gefühl zu wirken.

Abg. Windthorst: Ich bitte den Finanzminister auch seinen Kollegen, den Kultusminister, zu veranlassen, sich nichts zu thun, was der moralischen Ueberzeugung des Volkes nicht entspricht. (Heiterkeit.) Die Lotterieverwaltung wird weniger nach moralischen, wie nach finanziellen Gesichtspunkten geregelt. Ich meine aber, man muß, sobald die Finanzlage irgend gestärkt, nicht nur in Preußen, sondern auch in anderen deutschen Staaten die Lotterie gänzlich abschaffen. Soll die Sache in der Budgetkommission entschieden werden, so muß die Kommission in erster Linie den von dem Finanzminister hervorgehobenen Gesichtspunkte prüfen. Das Lotteriespiel führt zum wirtschaftlichen Ruin zahlreicher Existenzen. Die meisten Finanzminister denken freilich mit Besorgnis „oler“, wenn sie nur eine Finanzquelle haben. Wir haben Gott, daß wir einen solchen Finanzminister nicht auf diesem Posten stellen dürfen.

Abg. v. Gynern (nat.-lib.): Nachdem der Etat der Lotterieverwaltung fertig gebracht hat, den Kultusminister zu veranlassen, sich für die Aufhebung des Spiels zu betheiligen, glaub ich, daß der Gegenstand hier erschöpft ist, und bin für den Bescheid des Etats an die Kommission.

Abg. Wagner (Ustlavland): Ich will mich nicht im Entschiedensten gegen die vom Abg. Stern beantragte Aufhebung des Spiels in auswärtigen Lotterien eine gemachte Vorschläge äußern. Vorzuziehen ist eine Regelung von Reichs wegen. Unterstaatssekretär Reineke erklärt, die Regelung des Lotteriespiels gehöre nicht zu den Kompetenzen des Reichs.

Abg. Stern konstatirt, daß er die Aufhebung des Spiels in ähnlicher Weise im Reichstag beantragt habe.

Abg. v. Benda: Die ethischen Momente der Lotterieverwaltung werden ja in der Kommission gründliche Berücksichtigung finden. (Heiterkeit.) Deshalb bin auch ich für kommissionäre Rathung.

Der Etat der Lotterieverwaltung wird fast einstimmig durch den Ausschuss der Budgetkommission verworfen.

Im Etat des Bureaus des Staatsministers befindet sich der alljährlich geforderte Dispositionsfonds von 93 000 Mark für allgemeine administrative Zwecke.

Abg. Stern (Dem.): Die Debatte über diesen Etat in früheren Jahren oft eine sehr lebhafteste und erzeugte Nachher war das nicht mehr der Fall, weil die Regierung die Bewilligung eingehalten hatten, daß die Mehrheit der Abgeordneten mit der Bewilligung der Regierung gleichzeitig ein Frauenvotum zu ertheilen beabsichtigte. Inzwischen hat sich die Verhältnisse erheblich geändert. Früher wurden diesen Fonds vorzugsweise die Kosten der „Provinzial-Korrespondenz“ bestritten, welche die Regierung wiederum durch ihr unentbehrliches Organ bezeichnete. Einmal schon im Jahre 1882 hatte dieses Blatt aber zu erscheinen alsgebehen, und es ist dem Verwalter des Blattes an dem Staatsminister zu sagen, daß das Blatt ein Gewinnbringendes sein soll.

Abg. v. Puttkamer: Das Blatt „Provinzial-Korrespondenz“ trägt die Kosten der Lotterieverwaltung, und es ist dem Verwalter des Blattes an dem Staatsminister zu sagen, daß das Blatt ein Gewinnbringendes sein soll.

Abg. v. Gynern: Das Blatt „Provinzial-Korrespondenz“ trägt die Kosten der Lotterieverwaltung, und es ist dem Verwalter des Blattes an dem Staatsminister zu sagen, daß das Blatt ein Gewinnbringendes sein soll.

Abg. v. Benda: Die ethischen Momente der Lotterieverwaltung werden ja in der Kommission gründliche Berücksichtigung finden. (Heiterkeit.) Deshalb bin auch ich für kommissionäre Rathung.

Der Etat der Lotterieverwaltung wird fast einstimmig durch den Ausschuss der Budgetkommission verworfen.

Im Etat des Bureaus des Staatsministers befindet sich der alljährlich geforderte Dispositionsfonds von 93 000 Mark für allgemeine administrative Zwecke.

Abg. Stern (Dem.): Die Debatte über diesen Etat in früheren Jahren oft eine sehr lebhafteste und erzeugte Nachher war das nicht mehr der Fall, weil die Regierung die Bewilligung eingehalten hatten, daß die Mehrheit der Abgeordneten mit der Bewilligung der Regierung gleichzeitig ein Frauenvotum zu ertheilen beabsichtigte. Inzwischen hat sich die Verhältnisse erheblich geändert. Früher wurden diesen Fonds vorzugsweise die Kosten der „Provinzial-Korrespondenz“ bestritten, welche die Regierung wiederum durch ihr unentbehrliches Organ bezeichnete. Einmal schon im Jahre 1882 hatte dieses Blatt aber zu erscheinen alsgebehen, und es ist dem Verwalter des Blattes an dem Staatsminister zu sagen, daß das Blatt ein Gewinnbringendes sein soll.

Abg. v. Puttkamer: Das Blatt „Provinzial-Korrespondenz“ trägt die Kosten der Lotterieverwaltung, und es ist dem Verwalter des Blattes an dem Staatsminister zu sagen, daß das Blatt ein Gewinnbringendes sein soll.

Abg. v. Gynern: Das Blatt „Provinzial-Korrespondenz“ trägt die Kosten der Lotterieverwaltung, und es ist dem Verwalter des Blattes an dem Staatsminister zu sagen, daß das Blatt ein Gewinnbringendes sein soll.

es Disziplinargesetz; des Kompetenz-Konkurrenz; des Gesetz-Sammlungs-Amts in Berlin.  
Beim Stat des „Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger“ bemerkt  
Abg. Bachem: Die Rubrik „Rechtswissenschaftliche Mittheilungen“ zeigt im laufenden Jahr einen bedauerlichen Rückgang in früher able Gemächtheit dieses Organs. So B. bei Begehrtheit der Reichstagsabstimmung vom 15. Dezember, wo das Blatt lediglich Entschließungsstimmen wiedergab und zahlreiche Neuzugänge einfiel, durch welche der Reichstag als solcher, insbesondere auch einzelne Fraktionen und Mitglieder desselben, beleidigt wurden. Diesen Mißbrauch, dessen Mangel an Objektivität, können wir nicht dulden. Wer den Reichstags- und die Reichstagsabstimmung noch ferner geben, so müssen wir auf Austragung der Rubrik „Rechtswissenschaftliche Mittheilungen“ dringen. (Beifall im Centrum.)

Minister v. Puttkamer: Der Herr Abgeordneter verlangt doch wieder ein Spiegelbild der gesammelten Tagespresse wiederfinden will. Zu erwartigen Bv. den gibt es Privatunternehmungen, z. B. das „Globe“ (Heiterkeit). Der „Staatsanzeiger“ hat natürlich nur die Aufgabe, solche Zeitungsgemüthen wiederzugeben, die den Standpunkt der Regierung im Großen und Ganzen vertreten. (Widerspruch im Centrum.) Den Beweis der Unangemessenheit des Verfahrens des „Staatsanzeiger“ hat der Abg. Bachem nicht erbracht. (Beifall rechts, Bischof im Centrum.)  
Abg. v. Stabbe (Köln) beklagt sich wie der Abg. Bachem über einseitige und tendenziöse Wiedergabe von Nachrichten im „Staatsanzeiger“.

Minister v. Puttkamer giebt zu, daß es sich in einem oder mehreren angeführten Fälle um einen Uebersetzungshandeln könne.  
Abg. v. Cynern (nat-lib.): Auf die Provokation des Abg. Bachem hat die Regierung keine Antwort gegeben. Der Abg. Bachem hat die Beschlüsse über die Beschlüsse des Reichstages vom 15. Dezember als dummdreißig, perfide u. s. w. bezeichnet. Abg. v. Stabbe ist auf diesen Ton eingegangen, dann schritten wir uns bald mit Resolvent bewaffnen. (Heiterkeit. Sehr gut!)

Abg. Windthorst: Früher gab die Regierung ein Organ heraus, welches von ihr offiziell oder offiziös anerkannt wurde, und für das sie die Verantwortung übernahm. Dieses Organ ist eingegangen, und wir sind im Dunkeln darüber geblieben, wie die Regierung jetzt ihre Ansicht in der Presse zur Geltung bringt. Daraus, daß der Minister von Puttkamer auf eine Anregung des Abg. Stern eine Antwort nicht gegeben, bin ich sehr ins Gedächtnis gekommen, ob ich mein Votum für den geheimen Fonds aufrecht erhalten kann, wie ich es Jahr für Jahr abgeben, so lange v. Puttkamer Minister ist. Ich habe aber für die Postion auch dieses Mal gestimmt, weil ich damit zu erkennen geben will, daß die Regierung Gelegenheit haben müsse, ihre Ansicht in der Presse zur Geltung zu bringen. Aber sie muß das thun in geeigneter Weise und am geeigneten Orte. Ich glaube, daß dies von ihr jetzt an zwei Stellen in unangenehmester Weise geschieht: einmal in einer Reihe von Kreisblättern und dann im „Staats-Anzeiger“. Ich spreche zunächst die Hoffnung aus, daß der Minister sich früheres Verfahren zurückzieht, in einem besonderen Organ zu sagen, was die Regierung denkt, und das Verhältniß beseitigt, ihre Instruktion in der „Norddeutschen Zeitung“ und in den Kreisblättern usw. vorzuschieben. Ich würde in dem letzteren Falle das Geld nicht wieder bewilligen können. Der „Staatsanzeiger“ hat die Bestimmung, gewisse Nachrichten zu geben, und ist für alle Unterthanen in gleicher Weise bestimmt. Einem solchen Blatt derartige Pakete mitzugeben, ist absolut unzulässig. Es ist ein unerträgliches Vergehen, daß Leute, die durch ihre Geschäfte u. dergl. veranlaßt sind, den „Reichsanzeiger“ zu halten, gezwungen sind, Dinge zu lesen, die beleidigend, beschimpfend sind. Der Minister hat diesem offiziellen neutralen Blatte ebensowenig solche Artikel beigegeben, wie er sie etwa Ministerialrezepten beigegeben hätte. Will die Regierung nämlich sagen, daß der Reichstags-Beschluß vom 15. Dezember ein verhängnisvoller sei, nun wohl soll sie das unterschreiben, und wir werden in der Lage sein, sie zu widerlegen. Was Abg. von Cynern gesagt hat, ist mich kalt. Der Reichstag wird ja noch Gelegenheit haben, die Thätigkeit dieses Herrn und seines Leiborganes, der „Norddeutschen Zeitung“, zu besprechen. Die ganze Agitation war eine gemachte Geschichte! (Heiterkeit, Widerspruch) und sie ist auch heute noch. Wenn Sie durch Ausführung des Beschlusses auf die Beschlüsse einzuwirken suchen, werden Sie vielleicht einmal in den Fall kommen, zu erörtern, was das heißt; denn es stehen Massen genug bereit, in ähnlicher Weise auf unsere Beschlüsse und die des Reichstages demnächst einzuwirken, entschlossen sind. Indem Sie die Agitation billigen, billigen Sie Vorgänge, wie sie seit der französischen Revolution stattfanden, wo das Volk die Legislative einbrang. Sie sollten es uns deswegen an dem Beschluß des 15. Dezember. (Beifall im Centrum.)

Minister v. Puttkamer: Der „Staatsanzeiger“ ist seit vielen Jahren dasjenige Organ der Regierung, welches mit den amtlichen Anzeigen die Vertretung der politischen Interessen der Regierung kombiniert. Von diesem Verhältnis wird abgesehen werden, und ich lehne den Anspruch ab, daß die Regierung an Stelle der eingegangenen „Provincial-Korrespondenz“ ein anderes Blatt gründen solle. Die Regierung hat die „Provincial-Korrespondenz“ auch aus dem Grunde abgehen lassen, weil sie es nicht für nützlich hielt, gezwungen zu sein, alle acht Tage über irgend welche politischen Fragen ihre Meinung zu sagen. Um dieser unbequemen Situation der Regierung zu sein, hat sie das ganz spontan gelhan.  
Abg. v. Minnigerode: Daß Versehen bei der Redaktion des „Reichsanzeiger“ vorgekommen sind, hat der Minister selbst allgemein anerkannt, allgemein aber halten wir dieses Blatt gerade wegen seiner großen Publizität für sehr geeignet zu Rundgebungen. Im „Reichsanzeiger“ sollte allerdings gerade mit Rücksicht auf den weiten Leserkreis auch jeder die geeignete Form für die Darstellung gefunden werden (Zustimmung); den weitesten Raum aber für Aussprüche der Gegner zu verlangen, geht entschieden zu weit. Machen es denn die Gegner ebenso?

Inzwischen ist ein Betrugungsantrag vom Abg. Uplendorff eingebracht worden.  
Die Abstimmung über die Vertagung bleibt zweifelhaft, gegen dieselbe stimmen beide Parteien der Rechten, ein Theil der Nationalliberalen und einige Mitglieder des Centrums. Wird daher in der Berathung fortgesetzt.  
Abg. v. Schorlemer: Als: Wenn der „Reichsanzeiger“ die Ausprüche der Gegner nicht berücksichtigt, so kann auch kein Spiegelbild der jeweiligen Lage geben. Beweiz das Blatt den Standpunkt der Regierung vertreten, es aber nichts Unwahres und Beleidigendes vorbringen. (Vehement Zustimmung links.) Wenn wir nicht in einer Zeit leben, man selbst auf liberaler Seite über Verth und Würde der Repräsentation keine besondere Meinung hegt, dann würden die Dinge ganz unmöglich sein. Zu dem Beschluß vom 15. Dezember hat sich doch nur ein Theil der deutschen Nation äußert: wie ja im Allgemeinen je stärker das Geschrei, desto geringer die Zahl derjenigen ist, die es ausstoßen. (Heiterkeit.) Die Stimme der Nation gesprochen, so war es die Pflicht der Staatregierung, den Reichstag aufzulösen. (Auf welche die Beschlüsse!) Wenn die Regierung ihre Meinung äußern will, dann soll sie es mit ihrer Unterschrift thun; wenn der „Reichsanzeiger“ die Qualität eines Journals offizieller Mittheilungen besitzt und sich dann die Stimmen der erwähnten Organe aneignet, dann muß die Regierung die Verantwortung dafür tragen, weil man nicht

mehr unterscheiden kann, was der Regierung ist und was nicht. Herr v. Minnigerode fragt, wer der Gemachte bei der gemachten Agitation gewesen sei. Das sind diejenigen, die Stellenweise zu den Unterschritten direkt gezwungen wurden. (Lachen rechts.) Wollen Sie das leugnen? Sie wissen doch, daß in den Büreaus von Eisenbahndirektionen man einfach die Listen auslegte und die Leute zu den Unterschritten aufzufordert hat; auf einer Seite in Bockum hat man sogar zehn Pfennige pro Mann erhoben, das hat ja in allen Blättern gestanden. Von einer spontanen Bewegung aus dem Volke heraus können Sie also doch gar nicht sprechen! Ueber die Bewegung selbst sind wir nicht aufgeregt; nichts ist uns gleichgiltiger als sie; nur die Art, wie sie gemacht worden ist, haben wir im Auge. Vom Centrum wird Niemand in dritter Lesung anders als in zweiter stimmen; es ist nicht unsere Gewohnheit, umzufallen, und gerade die Nationalliberalen sollten gegen uns nicht solchen Vorwurf erheben. In den unteren Regionen hat man dann natürlich gesucht, die Sache durch die Stärke der Ausdrücke zu heben. Der Bürgermeister in Hörde hatte eine Versammlung von 3000, welche in einer Resolution ihrer tiefen Entrüstung über das Verhalten der aus den heterogensten Elementen zusammengesetzten Majorität Ausdruck gab; von nicht unwürdiger Geschäftigkeit und Parität war ebenfalls darin die Rede. Eine Blumenlese aus sonstigen in der Presse veröffentlichten Eingaben und Adressen ergeben folgende schmeichelhafte Titulaturen: „Bischof Rötter (große Heiterkeit), schwabende Parlamentshelfer, Reichsbesüßler (Heiterkeit), Eidsöhnen des deutschen Reichs, parlamentarische Seuche, bacillus parlamentaricus. (Stürmische Heiterkeit) Das ist das deutsche Volk, das Herr v. Cynern führt! (Erneute Heiterkeit.) Hätte das Centrum in den Zeiten des heftigsten Kulturkampfes nur den zehnten Theil dieser Kraftausdrücke gegen die Majorität dieses Hauses gerichtet, welcher Schrei der Entrüstung wäre durch das Land gegangen, welche Strafanträge von den Staatsanwälten gestellt, welche Urtheile gefällt worden! Und diesmal haben sich Beamte an die Spitze der Bewegung gestellt und sich ihres Auftretens nicht geschämt. Das ist die Gerechtigkeit in Preußen! (Vehement Beifall im Centrum.)

Minister v. Puttkamer: Der Abg. v. Schorlemer hat u. A. auch ausdrücklich eine Eisenbahndirektion erwähnt, in deren Bezirk Unterschritten gesammelt worden sind. Ausdrücklich wird aber bestritten, daß auf die Beamten bei der Unterzeichnung irgend ein Druck ausgeübt worden sei. (Gelächter im Centrum.) Ich siehe indessen nicht an zu erklären, daß ich dieses Auslegen von Adressen in Bureau nicht billige. (Vehement Beifall links.) Und darin habe ich auch die Zustimmung der sämtlichen Herren Kollegen für ihre Resorts.  
Abg. Richter: Dem Protest der Abg. Bachem und Windthorst gegen das Verfahren der offiziellen und offiziellen Presse kann ich mich nur anschließen. Ich halte es nicht für würdig, daß ein Regierungsorgan von der Majorität der Volksvertretung in einem so gefährlichen Tone spricht und förmlich demüthigt ist, das Schlechteste aus der Presse herauszugreifen, was gegen das Parlament gesagt ist. Es wundert mich nur, daß der „Staatsanzeiger“ nicht auch dem schönen Ehrenrittel, den Herr v. Schorlemer hier verlesen hat, „bisigge Rötter u.“ gegen die Majorität einen Ehrenplatz in seinen Spalten eingeräumt hat. Die Behauptung also, die Volksbewegung habe die Freistimmigen zu anderen Tönen veranlaßt, ist eine gänzlich haltlose. Handelte es sich denn um die Verweigerung der notwendigsten Kredite? Keineswegs! Die Frage ist einfach die: ob gewisse Geschäfte im auswärtigen Amt besorgt werden sollen durch einen definitiv angestellten etatsmäßigen Beamten oder durch Hilfskräfte, für welche der Etat die Mittel bietet. Es ist eine gänzlich unangenehme Thatsache, wenn man die draußen Stehenden überreden möchte, daß es sich um eine Verweigerung der notwendigsten Mittel handelt. (Widerspruch und sehr richtig.) Der Reichsanzeiger selbst hat erklärt, daß er die Hilfskräfte annehmen werde, wiederholt ist unter anständiger Genehmigung des Reichstages sogar der Fonds für diese Zwecke überschritten. Viele im Volk, welche die Entrüstung mitgemacht haben, würden sich darüber wundern, wenn sie sehen möchten, daß man in Deutschland über die große Frage Spitzelarbeit, ob ein etatsmäßiger Beamter oder provisorisch ein Hilfsarbeiter. (Sehr richtig links.) Dagegen, daß die Regierung im „Staatsanzeiger“ ihre Meinung sagt, habe ich nichts, aber man muß doch von der Volksvertretung mit einem gewissen Respekt sprechen und nicht die bösesten Dinge über sie aus den Zeitungen herausfinden. (Redner geht auf die Despehe aus Paris vom 15. Dezember ein und weist nach, daß die Dinge gar nicht so gewesen sein können.) Ich möchte rathen, mehr an die großen, in die Zukunft hineinreichenden Aufgaben zu denken, als an solche kleinen Dinge, mit welchen mancher vielleicht im Augenblick Parteigeschäfte zu machen glaubt. Die Zeiten sind zu ernst, um sich darüber aufzuregen, ob ein etatsmäßiger Direktor oder ein Hilfsarbeiter. Der Minister wird es zu verantworten haben, wenn in so gefährlicher Weise durch die offiziellen Organe der Parteilampf geschürt wird. Im Interesse des Staates liegt es, wenn die Thatsachen richtig und objektiv dargestellt werden. (Vehement Beifall links und im Centrum.)

Minister v. Puttkamer: Die mir aus der Seele gesprochenen Ermahnungen des Redneres sollte er doch in höchstem Maße an seine eigene Partei richten, die an Betrugung alles dessen, was nicht in ihrem Klewwasser segelt, das Stärkste geleistet hat. (Stürmische Zustimmung rechts.)  
Abg. Graf (Eberfeld): Wenn der in der Presse eingezeichnete Ton aus von den Rednern des Centrums bedauert wird, so bitte ich Sie, bei Ihren Organen mit der Besserung den Anfang zu machen. (Auf im Centrum: Namen!) „Westf. Volks.“ (Auf im Centrum: Vorlesen!) Ich habe die Zeitung nicht bei mir, Sie können das nicht verlangen, von Ihnen könnte man eher erwarten, daß Sie Ihre Leiborgane stets auf dem Berge tragen. (Heiterkeit.) Das Anerkenntnis ist mir von Anhängern der freistimmigen Partei selbst unter vier Augen direkt gemacht worden, daß die Abstimmung als eine Ungeschicklichkeit der Partei empfunden wurde. Die Bewegung ist durchaus eine spontane, und namentlich die Jugend hat sich gegen die Beschlüsse empört. (Rufe im Centrum: Die untreue! Heiterkeit.) Nein, nicht die untreue, sondern gerade die intelligenten heranwachsende Jugend hat uns zugestimmt. Wir haben die Bewegung nicht künstlich hervorgerufen, wir sind ihr nur nicht entgegengetreten.

Die Diskussion wird geschlossen und nach einer langen Reihe von persönlichen Bemerkungen der Etats des „Staatsanzeiger“ genehmigt, desgleichen die Ausgaben für Zwecke der Landesverwaltung.  
Um 3 1/2 Uhr wird die Fortsetzung der Statberathung auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

### Gerichts-Zeitung.

Eine umfangreiche Privatklage der Herren Stadtvordneter Ferdinand Enwald, Stadtvordneter Franz Luyauer und Stadtvordneter Frig Böckl gegen den ehemaligen Redakteur des „Volksfreund“, Johannes Berndt, beschlößte gestern die 98. Abstimmung des hiesigen Schöffengerichts mehrere Stunden hindurch und gestaltete sich zu einer cause célèbre, da der Angeklagte und mehrere frühere Redakteure des „Volksfreund“ die Wiederklage erhoben hatten und der Angeklagte den Beweis der Wahrheitsdurch Aufbietung von ca. 20 Zeugen, unter denen sich auch der Hopsprenger Söder befindet, anzutreten versuchte. Die drei Privatkläger sind persönlich zur Stelle, auch der Stadt-

verordnete Enwald hat zur Wahrnehmung dieses Termins freies Geleit erhalten. Den Vorsitz des Schöffengerichts führte Amtsrichter Dr. Kofka, die Verteidigung des Angeklagten ist in den Händen des Rechtsanwalts Stadtbräutigam, die drei Privatkläger werden von den Rechtsanwältin Freudenthal und Dr. Friedmann vertreten. Inkrimirt ist ein Leitartikel in Nr. 110 des „Volksfreund“ vom 22. Mai 1881 unter der Ueberschrift „Das sinkende Schiff“. Es wird in demselben gesagt, daß „die Kläger nur von der Opposition und Agitation leben, durch die Revolution noch eine große Karriere zu machen hoffen, daß es ihnen sehr gleichgiltig ist, ob die Arbeiter einen höheren oder niedrigeren Lohn bekommen und daß sie selbst von der Agitation und den Gezeiten der Arbeiter leben.“ Von den drei Herren, welche die Wiederklage erhoben haben, ist nur noch der Schriftsetzer Schmitt als ehemaliger Mitredakteur des „Volksfreund“ zur Stelle, während der Verleger Krause fehlt. — Der Angeklagte Johannes Berndt bestritt, sich der Beleidigung schuldig gemacht zu haben und erklärte, daß er sich zu jenen Neuzugängen für berechtigt glaube. Die drei Privatkläger seien der Lohnbewegung der Tischler störend entgegengetreten und haben danach gestrebt, speziell in dem Fachverein der Tischler die Politik und die Interessen der Sozialdemokratie zur Geltung zu bringen. Im Uebrigen beweis das bekannte agitatorische Auftreten der drei Privatkläger, die sich für ihre Vorträge in den Fachvereinen hätten bezahlen lassen, die Wahrheit der Bemerkungen des Artikels. Speziell habe Herr Enwald auf Grund eines unrechtmäßig zu Stande gekommenen Beschlusses des Fachvereins der Bergolder 1000 M. zur Begründung eines Blattes erhalten und die Zeugenernehmung werde beweisen, daß die drei Herren die Agitation geschäftsmäßig und lediglich zu dem Zwecke betrieben, um Geld zu verdienen, daß sie eben das Agitatorenthum professionsmäßig treiben und einen Partei-Terrorismus ausübten. Es stehe fest, daß die drei Herren sich für ihre politisch-agitatorischen Vorträge in den Fachvereinen Honorar haben bezahlen lassen. — Stadtv. Enwald bestritt leugnete und behauptet, daß er sich nur seine Ausgaben habe zurückzahlen lassen, ebenso Stadtv. Böckl, während Stadtv. Luyauer erklärt, daß er niemals Honorar oder Ausgaben für seine Vorträge in den Fachvereinen erhalten habe. Stadtv. Enwald giebt zu, daß er mehrfach Gegenstände der Wirtschaftspolitik in den Fachvereinen besprochen habe, Stadtv. Böckl weist darauf hin, daß der statutenmäßige Zweck der Fachvereine im Allgemeinen „Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder“ sei und die sämtlichen Versammlungen sorgfältig polizeilich überwacht worden seien. — Stadtv. Luyauer betont, daß in seinem Fachvereine (der Tischler) das Statut das Einzelne von Politik verbot und dieses Verbot auch nicht überschritten worden sei. Soweit die Privatklage der drei Herren. Was die Wiederklage betrifft, so geht dieselbe dahin: Stadtv. Böckl soll am 5. Aug. in einer Versammlung in Gratwolds Bierhallen gesagt haben, die Redakteure und Verleger des „Volksfreund“ seien unehrlich und schamlos; dem Stadtv. Luyauer wird der Ausdruck vorgeworfen, daß die Redakteure des „Volksfreund“ grüne Jungen seien, die zum Schullehrer zu dumme und zum Arbeiten zu faul seien und Stadtv. Enwald soll gesagt haben, daß der „Volksfreund“ Bannensatz betriebe. Zur Beweisaufnahme beantragt Rechtsanw. Stadthagen zunächst die Vernehmung der Herren Hopsprenger Söder und Dr. Jöbst darüber, daß die Herren Enwald und Luyauer mit ihnen in Verbindung getreten seien um unter Umständen für die christlich-soziale resp. die konservativen Partei einzutreten. Coentwelf wird auf das Zeugnis des Chefredakteurs Dr. Phillips darüber rekurirt, daß Herr Böckl Anknüpfungen gesucht habe, um event. für die fortgeschrittene „Volkszeitung“ Artikel zu schreiben. Alle drei Privatkläger bestritten dies auf's Entschiedenste. Stadtvordn. Enwald erklärt, daß er nie mit Herrn Söder unterhandelt habe, ebenso weist Stadtv. Luyauer zurück, daß er sich herbei erklärt habe, bei der vorjährigen Reichstags-Stichwahl für die Konservativen zu wirken; er giebt nur zu, daß allerdings von konservativer Seite versucht wurde, nach dieser Richtung hin auf ihn einzuwirken. Auf die Behauptung des Rechtsanwalts Freudenthal, daß Herr Brand allen möglichen Parteien angeboten habe, erwidert dieser, daß er stets nur Sozialist gewesen sei, allerdings eine Zeitlang den Vorsitz im fortschrittlichen Arbeiterverein geführt habe, dann aber ausgeschieden sei, als die fortschrittlichen Tendenzen zu sehr die Oberhand gewonnen. — Der erste Zeuge, Hopsprenger Söder erklärt, daß er Herrn Enwald heute zum ersten Male sehe. Es sei ihm nicht bekannt, daß mit Herrn Enwald im Jahre 1881 Verhandlungen behufs dessen Eintritt in die christlich-soziale Partei gepflogen worden seien. In seinem Auftrage sei dies jedenfalls nicht geschehen, er habe auch nie gehört, daß dies von einem anderen Parteimitgliede unternommen worden sei und mit dieser direkten Tendenz und noch weniger unter bestimmten Anerbietungen sei es sicher nicht geschehen. Viele ehemalige Freunde des Herrn Enwald seien inzwischen Mitglieder der christlich-sozialen Partei geworden und da sei es schon möglich, daß Dieser und Jener dieses oder jenes über Herrn Enwald gesprochen haben mag. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt Hopsprenger Söder, daß ihm auch von einer etwaigen indirekten Annäherung Enwalds an die christlich-soziale Partei oder vice versa nichts bekannt sei. — Zeuge Dr. Jöbst bekennt, daß er allerdings bei der Stichwahl im zweiten Wahlkreise mit Herrn Luyauer über die Stellung der Sozialdemokraten gesprochen habe. Dieses Gespräch sei aber nur eine private Unterhaltung gewesen und Herr Luyauer habe direkt erklärt, daß er nur als Privatperson spreche, er habe aber auch betont, daß ein Zusammengehen der Konventionen mit den Sozialdemokraten bei der Stichwahl nur auf dem Boden möglich sei, daß die Konservativen hier ihren Kandidaten opfern und den der Sozialdemokraten unterstützen. Schriftsteller Gustav Meyer, als ehemaliger Journalisten-Redakteur des „Volksfreund“, erklärt, über die politische Vergangenheit des Angeklagten Berndt Positives nicht sagen zu können. Er wisse, daß derselbe allerdings Vorlesender des fortschrittlichen Arbeitervereins gewesen sei, aber schon damals wegen seiner sozialistischen Stellung Unzufriedenheit erregt habe. Was die Parastellung des „Volksfreund“ betrifft, so könne er auch über diese um so weniger etwas Bestimmtes sagen, als heute die sozialen Nuancen so vielfach in einander laufen, daß man oft nicht mehr unterscheiden könne, was sozialdemokratisch und was sozialkonservativ ist. Nach seiner Auffassung sei die Haltung des Blattes sozialsozialistisch und arbeiterfreundlich gewesen, das Blatt sei aber nicht als „bestillte Arbeit“ zu betrachten gewesen, sondern habe vielfach auch seine eigene, mit derjenigen der Konservativen nicht übereinstimmende Ansicht vertreten. Angekl. Berndt giebt zu, daß er jetzt Redakteur der offiziellen „Berliner politischen Nachrichten“ sei. — Die Aussagen mehrerer als Belastungszeugen vernommener Arbeiter und Vertreter einzelner Fachvereine sind ohne Belang. Bergolder Kulturbund veront, daß in der fraglichen Versammlung des Fachvereins der Bergolder, die durchaus ordnungsmäßig abgehalten worden und unter Aufsicht eines Vertreters der Polizei getagt habe, nur beschloffen worden sei, Herrn Enwald 1000 M. zu leihen, wobei der Zweck der Gründung einer Zeitung nicht so direkt ausgesprochen gewesen sei. Diese Bewilligung habe nach Ansicht der Generalversammlung, welche maßgebend sei, den Statuten nicht widersprochen. — Andere Zeugen, wie Tischler Niessch, Restaurateur Poppe, Arb. Gutheil, Tischler Bennewitz, Schlosser Kluge, Sattler Giese u. Carl. Bassmüller stimmen darin überein, daß die drei Privatkläger in den Fachvereinen politische Vorträge nicht gehalten haben, wenn sie auch manchmal wirtschaftlicher Fragen, wie die Zwangsjournungen, den Normalarbeitsstag u. streifen. Honorare für die Vorträge

100  
en und  
rdnete  
ab unter  
Ordnung  
abene.  
Fabriks  
tung

in den Fachvereinen seien nicht gezahlt worden, vielmehr haben die Herren Ewald und Gördt nur kleine Beiträge von 1 Mk. bis 5 Mk. erhalten als Fuhrtenabgabe und Veräumnislofen. Bezüglich des Herrn Tugauer erklärt der Angeklagte ausdrücklich: er erkenne an, daß derselbe für seine Vorträge in den Fachvereinen nie etwas bezogen habe. Die für die Wiederklage benannten Zeugen Tischler Künzel, Tischler Knothe, Gärtler Kreuz wissen nichts darüber, daß die drei Privatkläger während in die gewerkschaftliche Bewegung eingegriffen hätten und daß namentlich der Privatkläger Tugauer dem Anschlusse des Fachvereins der Berliner Tischler an den Verband deutscher Tischler und Schreiner sich entgegen gesetzt habe. Gärtler Kreuz giebt zu, daß er seinerseits in den Fachvereinen die Privatanklage vertreten habe, daß Sachen, wie Normalarbeitszeit, Prämien, Sühnungen etc., zur Diskussion der Fachvereine gehöre. Er habe den „Volksfreund“ stets für ein nichtarbeitsfreundliches Organ gehalten und müsse bekunden, daß der Beileger Krause sowohl, wie der Schriftfeger Dollnast f. J. ihn selbst, wie auch die Herren Ewald, Gördt, Tugauer und Singer zur Mitarbeit bei dem „Volksfreund“ aufgefordert haben, aber damit abgewiesen worden seien. Ueber die behaupteten beschimpfenden Kritiken der Privatkläger über den „Volksfreund“ und seine Mitarbeiter wissen die Beileger nichts zu bekunden. Es wurde zwar bestätigt, daß in einzelnen Verhandlungen der „Volksfreund“ als Reptil, Schwandblat, Bauernfänger etc. bezeichnet worden ist, doch wußte Niemand, wer diese Auslegungen gebraucht hat. Der Beileger Maxin bekannte sich als den Gewährsmann, auf dessen Mittheilungen aus den Versammlungen hin, der Angeklagte zu seinen Kritiken über das Verhalten der Privatkläger in den Fachvereinen gekommen sei. Er muß aber zugeben, daß er selbst aus einzelnen Thatsachen nur Schlüsselfolgerungen gezogen habe. Die Widerklage gegen Tugauer wurde von dem Angeklagten zurückgezogen. Die Rechtsanwälte Freudenhal und Dr. Friedmann hielten den Wahrheitsbeweis für vollständig mißlungen und beantragten die entsprechende Befreiung des Angeklagten. Rechtsanwalt Dr. Friedmann wies namentlich darauf hin, daß die Ehre der drei Privatkläger, die in der wohlthätigen Stellung der Welt angegriffen, besonders schwer verletzt sei, da eben die Ehre derselben darin bestehe, die Interessen der Arbeiter nicht um schändlichen Geldes willen zu vertreten. Rechtsanwalt Stadthagen beantragte aus formalen und juristischen Gründen die Freisprechung des Angeklagten. Die drei Privatkläger erklärten sich durch den Gang der Verhandlung für sehr befriedigt und betonten, daß sie in ihrer besonderen Vertrauensstellung in der Arbeiterschaft und als Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung sich verpflichtet fühlten sich in dieser Weise gegen die systematischen Veräumnungen des „Volksfreunds“ zu wahren. Der Gerichtshof erkannte um 5 Uhr Nachmittag dahin, daß der Angeklagte der Beleidigung den 3 Privatklägern schuldig und deshalb zu 100 Mark Geldbuße event. 10 Tage Gefängnis zu verurtheilen sei. Auf die Widerklage wurden die Angeklagten Ewald und Gördt freigesprochen, Stadthagen dagegen wegen Beleidigung des Angeklagten Berndt zu 50 Mark Geldbuße verurtheilt. Wie uns nachträglich mitgetheilt wird, beruht die Verurtheilung Tugauer's auf einem Irrthum, die Bauteilung sollte, wie der Richter zugab, Herrn Gördt treffen. Aus Versehen ist nun Herr Tugauer verurtheilt worden und bleibt demselben — wenn er, wie anzunehmen ist, die Strafe nicht zahlen will — nur die Berufung übrig. Die Verhandlungen wurden — wie man annimmt — auf Veranlassung des königl. Polizeipräsidenten stenographisch aufgenommen.

Wegen Beleidigung der Berliner Schuhmannschaft

hatte sich am Freitag der Gendarm Robert Herzfeld vor der 89. Abteilung des Schöffengerichts zu verantworten. Inzwischen war eine Aenderung, die der Angeklagte gelegentlich einer Rede, die er in einer Volksversammlung gehalten, hatte fallen lassen. Er beleuchtete, wie die „Stadth.-Bl.“ schreibt, die Stellung der Berliner Schulleute und führte aus, daß die Verordnung, welche ihnen die Annahme von Bierwirtschaften verbiete, vielfach umgangen werde, indem einfach die Frauen der Schulleute die Kontrakte unterschrieben. „Man weiß ja, wie's gemacht wird“, hatte der Redner noch hinzugefügt. Diese Bemerkungen zogen ihm obige Anklage zu, da das Polizeipräsidium seine Verhaftung beantragte. Der Staatsanwalt erblickte in den inkriminirten Auslegungen sogar eine Aufreizung und beantragte eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen, der Gerichtshof nahm aber auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten Rücksicht, indem er nur auf eine Geldstrafe in Höhe von 80 Mk., event. 8 Tage Gefängnis erkannte.

### Vereine und Versammlungen.

**Aufruf an die Schuhmacher Berlins.** Kollegen! Genossen! Die Zeit und die Verhältnisse drängen uns, an Euch Kollegen, die erste und dringende Mahnung zu richten, jetzt der großen Sache zu der bevorstehenden Lohnbewegung treu zu bleiben und fest zu derselben zu halten. Bedenkt, daß Ihr den Kern der heutigen Bewegung bildet, daß diese keinen Stillstand erlauben darf, sondern wir müssen auf der Bahn, die wir beschritten haben, weiter und immer weiter fortschreiten. Darum auf auch Ihr Kollegen, die Ihr noch in besseren Arbeitsverhältnissen steht, es ist Eure Pflicht als Kollegen, den schlechter Gestellten zu helfen. Deshalb: Vereint Euch Alle mit uns, kämpft mit uns für unsere gerechte Sache, dann werden wir auch den Sieg davon tragen. Darum auf, Kollegen, erscheint in der nächsten Versammlung, Montag, den 26. Jan. 10. Uhr. Baginski führt aber ein sehr wichtiges Thema das Referat. Siehe Inserat.

**Der Vorstand und die Fach-Kommission des Fachvereins der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen** überreicht uns folgendes Schreiben: Geehrte Redaktion! Auf die durch Herrn B. Joseph in der Nr. 16 des „Berliner Volksblatts“ ergangene Appellation an die öffentliche Meinung, haben Unterschnete zu erwidern, daß leider Herr Joseph bei der Motivirung seiner Maßnahmen in seinem Schreiben, zu welcher er die für ihn höchst notwendige Ausnützung der von ihm gemieteten Dampfkräften anführte, anzugeben vergaß, daß den die Dampfkräften benutzenden Drechern 12 1/2 Prozent Lohn, oder vielmehr 10 Prozent Abzug gemacht wird. Durch diesen Abzug aber bezahlen die Dreher nicht nur die zum Betriebe ihrer Bänke erforderliche Dampfkräften, sondern halten damit zugleich Herrn Joseph für die zum Betriebe der von ihm eingeführten Revoolverbänke schadlos. Durch die Einführung dieser Werkzeugmaschinen ist leider eine Schleuderkonkurrenz in unserem Fache hervorgerufen, die eine solide Ausführung der Arbeiten unmöglich macht. Da nun die von uns verfertigten Artikel nicht Konsumartikel sind, welche von Jedermann gebraucht werden, wäre es hier dem Fabrikanten leicht möglich, die Preise zu halten. Zwar wollen wir Herrn Joseph nicht gerade vorwerfen, daß er allein derjenige sei, der sich stets für die Herabsetzung der Preise auf dem Schleudermarkt durch Vohnreduktion unschädlich zu machen bestrebt war, unstreitig aber jähle er zu denen, die sich die Arbeiterschaft schonungslos zu Nothe machen. Durch unsere Organisation war nun diesem fortwährenden Reduziren der Löhne ein Tamme entgegenge-

setzt. Herr Joseph hat durch sein Mandat einer großen Schleuderkonkurrenz zu verschaffen. Wenn also hier die vereint Front machen, so haben sie sich als ehrbare und feste Mitarbeiter gezeigt, die nicht gewillt sind, eine Vertretung unserer ohnehin nicht benedenswerthen Lage zuzunehmen und es wird unsere heiligste Aufgabe sein, darin mit allen Kräften beizustehen und sie zu unterstützen. Wenn Herr J. durch Eintheilung der Arbeiter in Klassen versucht, die Arbeiter unter sich uneinig zu machen, aber eine gewisse Unordnung einführt, wo es sonst durch J. stets um möglichste Buntlichkeit und Ordnung zu thun so haben wir zu erwidern, daß er es ja einfach den Arbeitern freistellen konnte, die Mittagszeit von 12—1/2 Uhr einzuhalten, und nur den Wunsch auszusprechen, daß die Arbeit zu erzielen, so würden die meisten, namentlich die volverdreher, um einen höheren Lohn zu erzielen, hierin eingegangen sein. Hierdurch würde der Streik also zu vermeiden gewesen sein. Wie es aber bei der verunglückten gütlichen Beilegung aus dem Munde des Herrn Joseph und seiner Reister heraus war es denselben nicht um die Vermeidung des Streiks zu thun, sondern sie spielten hier den letzten Trumpf, eine Organisation zu zerreißten, die der weiteren Ausbreitung ihrer Kundtschaft durch Preisermäßigung entgegenstand. Herr J. die öffentliche Meinung, wie er meint, nicht zu verletzen, so hätte er doch die von uns ergangene Eintheilung unserer Versammlung nicht durch voge Entschuldigungen weiseu sollen. — Für uns ist es ein neuer Beweis, die einzige Macht der Arbeiter in ihrer Einigkeit liegt, welche aber schonungslos allen Invektiven ausgesetzt ist. Darum, Kollegen, schaut Euch um unsere Fährte in der Sache. Wenn es auch Herrn J. gelungen ist, Arbeiter zu schlaue Manöver zu erlangen — „aber was für ein Manöver“ so wird er sich in der Folge bekennen, leichtfertiger Provokator zu provozieren; laßt Euch deshalb nicht irre machen und stüßt mit allen Kräften die streifenden Kollegen. Der Vorstand und die Fach-Kommission des Fachvereins der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampf-Maschinen.

**An alle Möbelpolierer!** Heute, Sonntag, den 26. Januar, findet bei Breuer, Gr. Frankfurterstraße, eine öffentliche Versammlung sämtlicher Möbelpolierer statt. Tagesordnung steht: 1. Einrichtung der Zahlstellen im Krankenhause. 2. Bekanntmachung wann und wo die Mitgliedsbücher ausgegeben werden. Alle eingeladenen Mitglieder werden ersucht, zu erscheinen.

**Im Unterhügens-Verein der Buchbinder** Berufsgenossen hat sich Herr Schiel bereit erklärt, einen Vortrag über Theilarbeit im Allgemeinen und im Besonderen der Buchbinderei zu halten. Es wäre wünschenswerth, daß die Theilnehmer der Vereinsmitglieder an diesem Vortrag recht rege wäre, da die Auffassung der Theilarbeit bei Buchbindern eine sehr verschiedene ist.

**Verein der Modellstecher.** Montag, den 26. Januar, Abends 8 Uhr, Vortrag des Herrn Dr. Stahn (auch für Damen): Die Bedeutung der Lungen für unsere Gesundheit. Gäste willkommen.

**Montag, den 26. Januar, Abends 8 1/2 Uhr** im Salon, Schwerinstraße 26, Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Stahn. 1. Die wissenschaftlichen Verhältnisse. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt.

### Bekanntmachung.

Am 15. Januar d. J. ist vom kgl. Bezirksausschuß das Statut der Ortskrankenkasse der Möbelpolierer zu Berlin genehmigt worden.

Mitglieder dieser Kasse sind Kraft des Gesetzes vom Tage des Eintritts in die Beschäftigung alle im Gewerbebetriebe der Möbelpolierer innerhalb des Gemeinbezirks von Berlin von Arbeitgebern in ihren Betriebsstätten gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen, deren Beschäftigung weder ihrer Natur nach eine vorübergehende, noch durch den Arbeitsvertrag im Voraus auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt ist, mit Ausnahme:

- 1) der Betriebsbeamten, deren Arbeitsverdienst an Gehalt oder Lohn 6 1/2 Mark für den Arbeitstag übersteigt;
- 2) der Mitglieder einer Fabr.-L. (Betriebs-) Krankenkasse, einer Bau-Krankenkasse, einer dem § 73 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechenden Innungs-Krankenkasse, einer auf Grund des Gesetzes vom 7. April 1876 oder auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügenden freien Hilfskasse.

Als Gehalt oder Lohn gelten auch Tantiemen und Naturalbezüge; es sind daher Lehrlinge auch dann versicherungspflichtig, wenn sie nur Verköstigung oder Wohnung beim Arbeitgeber erhalten.

Auf Grund des § 49 des Krankenversicherungsgesetzes werden hiermit alle Arbeitgeber, welche Personen der vorgenannten Art beschäftigen, zur Vermeidung der gesetzlichen Nachteile aufgefordert, dieselben binnen drei Tagen nach Veröffentlichung dieser Anzeige, beziehungsweise, falls sie später in die Beschäftigung eintreten, spätestens am dritten Tage nach Beginn der Beschäftigung beim Kassenvorstande anzumelden und spätestens am dritten Tage nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses daselbst abzumelden. Auch diejenigen Personen, welche zur Zeit einer anderen Orts-Krankenkasse, z. B. derjenigen der Tischler, angehören, sind anzumelden und können in der bisherigen Kasse nur als freiwillige Mitglieder verbleiben.

Die An- und Abmeldungen sind bis auf Weiteres an den provisorischen Vorstand, Herrn Reumeister, Ballisadenstraße 34, vorn 3 Treppen, zu richten. Die Anmeldung muß enthalten:

- den Vor- und Zunamen, Geburtsdatum und Geburtsort, sowie die Beschäftigung des Anzumeldenden, den Zeitpunkt des Eintritts in die Beschäftigung, den täglichen Arbeitsverdienst, welchen derselbe zu nächst beziehen wird;
- die Abmeldung muß enthalten: den Vor- und Zunamen, Geburtsdatum und Geburtsort des Abzumeldenden, den Zeitpunkt des Austritts aus der Beschäftigung, den Bescheidmäßige Meldeformulare sind in den meisten Druckereien und Papierhandlungen vorräthig.

### Gewerbe-Deputation des Magistrats.

Berlin, den 21. Januar 1885.

### Delegirten-Versammlung der Tischler

Dienstag, den 27. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, findet Alte Jakobstraße 37 die Delegirten-Versammlung der Tischler statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die am 19. Januar abgehaltene Tischlermeister-Versammlung. 2. Wahl von acht Tarifkommissionen. 3. Die Antwort der Gewerbe-Deputation des Magistrats auf unsere Anträge vom 28. Mai, 11. November und 30. Dezember v. J. 4. Die Nachregelung eines Kollegen beim Hofstickermeister R. 5. Verschiedenes. Die Delegirten der Spezialbranchen ersuchen wir wegen der Wahl um rege Theilnahme.

### Versammlung der Berliner Mitglieder des Kranken-Unterstützungsbundes d. Schneider (G. H.)

am Montag, den 26. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße Nr. 77/79. Tagesordnung: Abrechnung vom III. Quartal 1884. Wahl eines 2. Beisitzers und Wahl eines Veranlagungsausschusses und Ausgabe von Billets. Verschiedenes. Das Quittungsbuch ist vorzulegen. Der Vorstand der örtl. Verwaltungsstelle.

### Versammlung d. Verbands deutscher Zimmerleute.

(Lokalverband Berlin.) Mittwoch, 28. d. M., Abends 8 Uhr, Anselstraße 10, Schreier's Salon. Tagesordnung: 1. Vortrag des Dr. phil. Heymann. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste (Zimmerer) willkommen. Der Vorstand. NB. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß dem Vorstand zu den nächsten Vereins-Versammlungen sehr tüchtige und bekannte Persönlichkeiten zum Vortrag zur Verfügung stehen.

### Unterstützungsv. d. Buchbinder und verwandten Berufsgenossen.

Montag, den 26. Januar, Alte Jakobstraße 75, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über Theilarbeit, gehalten von Herrn Schiel. 2. Verschiedenes und Fragekasten. 153

### Bezirksverein des werktätigen Volkes der Schönhauser Vorstadt.

Dienstag, den 27. Januar, Abends 8 Uhr, in Meißner's Salon, Schönhauser Allee 161, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Stadtv. Herold. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. Die Mitglieder werden auf § 5 aufmerksam gemacht. Der Vorstand.

### Die Aufnahme neuer Mitglieder in die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen

(fr. S. Offenbach a. M.) findet von jetzt ab nur Andreasstr. 20, Hof v. 3 Tr. statt, und zwar Mittags von 8 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends, Sonntags von 8 bis 3 Uhr.

### Arbeiter-Bezirksv. d. Westend Berlin

Montag, den 26. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Salon, Schwerinstraße 26, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Stahn. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt.

### Fachverein der Stellmacher

Montag, den 26. Januar, Abends 8 Uhr, im Lokal, Anselstraße 10a, Vereins-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Herrn Dr. Stahn. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt.

### Große öffentliche Schuhmacher-Versammlung

Montag, den 26. Januar, Abends 8 Uhr, im Lokal, Andreasstr. 21 (am Andreasplatz). Tagesordnung: 1. Welche Faktoren bedingen die Herabsetzung unseres Gewerbes. 2. Bericht der Lohn-Kommission. 3. Die Lohn-Kommission. NB. Inhaber von Kommissions-Büchern werden diese mitzubringen.

### Fachverein der Tischler

Montag, den 26. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal, „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75, Versammlung. Tagesordnung: Vortrag über die Aufgaben des Vereins auf gewerblichem Gebiet bisher und in Zukunft. Gäste willkommen. Um zahlreiches Besuch bitten. Der Vorstand. J. A. S.

### Arb.-Bez.-Ver. der Rosenth.

Montag, den 26. Januar 1885, Abends 8 Uhr, im Neuen Ballhaus, Schönhauser Allee 156, Versammlung. Tagesordnung: 1. Die sanitären Einrichtungen Berlins. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Vorstand.

### Maskenball des Vereins der Einjeher (Einjeher-Verein)

findet am 16. Februar, im Schützenhause, Vintzenbergstr. 11, statt. Billets sind vorher bei den Herren Streiber, Schützenstraße 30, S. 1 Tr.; Schulz, Slagenstr. 131, 3 Tr.; Höchste Str. 22, 3 Tr., sowie in den mit Maskenball-Gesellschaften zu haben. Das Vergnügen ist für alle Allen Freunden und Genossen empfehle meine

### Cigarren und Rauch-Tabak

Lotterie-Loose und Anthelle. M. Meyer, O. Frankfurterstr. 28, u. 4. Tr. 154 Eine freundl. Schlafst. Dantzenstr. 28, u. 4. Tr. 157 Freundl. Schlafst., sep. Eing., Esplanade 11a, 11b.